

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Preußen 10,- M., im voraus zahlbar, von der Redaktion selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einverständnis für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 89 A.

Die wichtigste Neupoststelle über deren Wert 5,- M. einschließlich Erwerbszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbszuschlag. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisprophet: Zentrum 2010, 2045, 4510 4603, 4635, 4648, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Liebesdienst für Sorthy

50000 Gefangene gefährdet

Die gestern von uns gemeldete Zurückführung des österreichischen Gefangenentransportes aus Swinemünde stellt sich nach den eingetroffenen näheren Angaben als ein Liebesdienst der deutschen Regierung für die ungarischen Henker heraus, die es nicht zulassen wollen, daß Bela Kahun, das frühere Haupt der ungarischen Räteregierung, aus dem Bereich der Mächenschaften ihrer gedungenen Menschensoldaten fortgeschafft werden soll. Die ungarische Henkerregierung, die der Berachtung der ganzen Welt preisgegeben ist, hat es gewagt, in hochfahrendem Tone der österreichischen Regierung Vorhaltungen über die Fortschaffung Bela Kahuns aus Oesterreich zu machen. Der Staatssekretär des Äußeren, Dr. Renner, hat den ungarischen Henkern die entsprechende Antwort gegeben. Die deutsche Regierung jedoch hat sich zum Werkzeug der in Ungarn regierenden Mörderbande gemacht und auf die Denunziation eines Offiziers hin die Rückführung des ganzen Transportes anbefohlen.

Wie von der „Bosnischen Zeitung“ gemeldet wird, ist die Befreiung und Rückführung Bela Kahuns und des gesamten Gefangenentransportes auf Anordnung des Auswärtigen Amtes erfolgt. Es wird zur Beschönigung dieser schändlichen Tat darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung den Gefangenentransport durch Deutschland nur unter der Voraussetzung gestattet habe, daß er lediglich aus Kriegsgefangenen bestehe, und daß keine politischen Persönlichkeiten sich ihm anschließen. Zu dieser Bedingung sei die deutsche Regierung gezwungen gewesen durch die Abmachungen, die sie wegen Ueberlassung von Transportschiffen für die Heimbeförderung von Kriegsgefangenen mit der Entente getroffen hatte. Dieser Hinweis ist nichts weiter als eine verlegene Ausrede, denn es wäre der deutschen Regierung nicht schwer gefallen, für die 116 russischen Kriegsgefangenen aus Oesterreich andere Transportmittel als die von der Entente überlassenen Transportschiffe zur Verfügung zu stellen. Für die österreichische Regierung jedoch war der Abtransport Bela Kahuns mit den übrigen Kriegsgefangenen die Voraussetzung des Gefangenenaustausches mit Rußland überhaupt. In Rußland befinden sich zurzeit noch etwa 50 000 deutsch-österreichische Kriegsgefangene. Die Sowjetregierung hat die Rückbeförderung jener Kriegsgefangenen davon abhängig gemacht, daß die österreichische Regierung Bela Kahun und einige andere ungarische Kommunisten nach Rußland befördere. Die österreichische Regierung hat sich, um endlich ihre Gefangenen aus Rußland zu befreien, vor einigen Wochen zu einem Abkommen mit Moskau verstanden, in dem vereinbart wurde, daß alle in ihrem Hoheitsbereich befindlichen Zivil- und Kriegsgefangenen zurückbefördert werden sollten. Als Uebernahmestort für die Gefangenen wurde Narva vereinbart. In diesem Abkommen hat sich auch die österreichische Regierung verpflichtet, den in Oesterreich befindlichen Kommunisten der ehemaligen ungarischen Regierung das Recht der Freizügigkeit zu gewähren und ihren Transport nach Rußland so schnell als möglich zu bewerkstelligen.

Diese Tatsache läßt es erklärlich erscheinen, daß die österreichische Regierung sich jetzt weigert, den in Deutschland zurückgehaltenen Gefangenentransport über die österreichische Grenze zurückzulassen. Ein amtliches Berliner Telegramm meldet darüber folgendes:

Die österreichische Regierung hat der deutschen Regierung durch die hiesige österreichische Gesandtschaft mitteilen lassen, daß sie sich weigert, den Kriegsgefangenen-Transport über die deutsch-österreichische Grenze zurückzulassen. Infolgedessen ist die Rückbeförderung des Transportes vorläufig eingestellt und sind die Kriegsgefangenen nebst den politischen Personen, die dem Transport angeschlossen worden waren, in der Nähe von Stettin untergebracht worden.

Die Entscheidung über die weitere Behandlung des Transportes wird getroffen werden, sobald festgestellt ist, ob die österreichische Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt.

Durch die vollkommen berechtigte Weigerung der österreichischen Regierung ist die deutsche Regierung jetzt vor aller Welt bloßgestellt und ihr Liebesdienst für Sorthy-Ungarn wächst sich mehr und mehr zu einem internationalen Skandal aus. Der Schluß des amtlichen Telegramms läßt die Deutung zu, daß nun von der Wilhelmstraße — vielleicht unter freundlicher Zuhilfenahme eines sanften Drucks der Entente — alles versucht wird, die Wiener Regierung umzustimmen und zur Zurückbeförderung der in Deutschland angehaltenen Kriegsgefangenen zu veranlassen. Würde die österreichische Regierung, was wir zu ihrer Ehre nicht annehmen wollen, auf dieses schändliche Ansuchen eingehen, so würde sie damit das ganze Gefangenenaufkommen mit der Sowjetregierung aufs Spiel setzen und 50 000 österreichische Kriegsgefangene zum weiteren Verbleiben in der Gefangenschaft verurteilen. Alles nur, weil es der deutschen Regierung nicht genügt ist, Bela Kahun die Durchfahrt durch Deutschland zu gestatten und weil sie es vorzieht, lieber um die Gunst der ungarischen Henkerregierung zu werben, anstatt gemeinsam mit der österreichischen Regierung die Interessen der 50 000 österreichischen Kriegsgefangenen in Rußland wahrzunehmen.

Wir nageln diese Handlungsweise der deutschen Regierung, die ein eigenartiges Licht auf ihre Gefangenensorge und ihre „humanitären“ Bestrebungen wirft, vor aller Welt fest und verlangen, daß sie den von ihr heraufbeschworenen internationalen Skandal

durch schleunigen Abtransport Bela Kahuns und der übrigen russischen Gefangenen nach Rußland aus der Welt schafft.

Renners Antwort an Ungarn

Wien, 22. Juli.

Die Staatskorrespondenz veröffentlicht eine Erklärung, wonach der ungarische Geschäftsträger gestern dem Staatssekretär des Äußeren Dr. Renner im Namen der ungarischen Regierung mitteilte, daß diese mit Entrüstung davon Kenntnis erlangt habe, daß Bela Kahun auf Verlangen der Sowjetregierung die Abreise ermöglicht worden sei.

Der Staatssekretär erwiderte dem Geschäftsträger, daß Oesterreich auf Grund der Vereinbarungen, die vor dem Sturz der Räteregierung zwischen antihörschewistischen konservativen Kreisen Ungarns und der österreichischen Regierung unter Vermittlung von Vertretern der Entente getroffen wurden, Bela Kahun Asylrecht gewährt, um eine blutige Katastrophe in Budapest zu vermeiden. Die österreichische Regierung habe somit im Interesse Ungarns auf Ersuchen ungarischer Kreise die Last dieses Missethats auf sich genommen, obwohl sie vom ersten bis zum letzten Tage des ungarischen Räteregimes mit diesem in schwerem Konflikt leide. Die heutige ungarische Regierung, erklärte Renner, behandelt die Mitglieder der Räteregierung als Verbrecher, was ihre Sache ist. Derselben Männer werden jedoch von Rußland, mit dem wir nicht minder im Frieden leben wollen wie mit Ungarn, als verbündete Regierung behandelt. Ihre Freiheit wird als Bedingung für die Rückgabe unserer Kriegsgefangenen gestellt. Oesterreich will an diesem Streit nicht teilnehmen, es sucht bloß die Interessen seiner Staatsbürger zu wahren. Von Ungarn veranlaßt, haben wir Bela Kahun Asylrecht gewährt und unter Vorbehalt gehalten, solange das Asyl beansprucht wurde. Selbstverständlich haben wir die Interessen unserer Kriegsgefangenen den Angelegenheiten fremder Staatsbürger voranzustellen. Wir haben somit die Rechte Ungarns in keiner Weise beeinträchtigt.

Polen in Not

Rotterdam, 22. Juli.

„Times“ meldet aus Warschau: Der Umstand, daß die Antwort der Bolschewisten auf das polnische Waffenstillstandsangebot noch nicht eingetroffen ist, veranlaßt in Polen Besorgnis. Die Polen glauben, daß die Bolschewisten möglichst große Vorteile aus der militärischen Lage ziehen wollen, die ihnen im Augenblick sehr günstig ist. Amtliche polnische Kreise sind sich darüber klar, daß die von England geleistete Hilfe nur aus Kriegsmaterial bestehen wird. Vielleicht werden auch Freiwillige nach Polen gehen; aber wie verlautet, ist nirgends die Rede von der Absendung eines englischen Expeditionsheeres.

In Besprechung der Rede Lloyd Georges geben „Daily Telegraph“, „Times“ und „Daily News“ einmütig der Ansicht Ausdruck, daß England und Frankreich unbedingt verpflichtet seien, den Polen im Falle eines bolschewistischen Einbruchs bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit zu helfen.

Die Hilfe der Alliierten

Paris, 22. Juli.

Die französische Mission, die zur Prüfung der Lage nach Polen entsandt wird, besteht aus dem französischen Botschafter in Washington Jerrard, dem Generalstabsoffizier des Marschalls Foch, sowie dem Botschafterat Bignon vom Kabinett Millerand. Die englische Mission besteht aus dem englischen Botschafter in Berlin Abern, dem General Radcliffe und Sir Maurice Hanley, dem Leiter des politischen Sekretariats Lloyd Georges. Die beiden Missionen haben heute Abend Paris verlassen.

Die Sicherung der ostpreussischen Grenze

I. U. Berlin, 22. Juli.

Nach einer Meldung der Telegraphen-Union hat die deutsche Regierung an die Alliierten eine Note gerichtet, in welcher mit Rücksicht auf die politischen Vorgänge im Osten die Sicherung der deutschen Ostgebiete angezeigt wird. In Ostpreußen soll der Grenzschutz aus Einwohnern gebildet werden, während die Abstammungsgebiete militärischen Schutz erhalten. Die deutsche Regierung hat sich zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, um die Alliierten in die Lage zu setzen, das deutsche Vorgehen in dieser Angelegenheit richtig zu bewerten. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt einer strikten Durchführung ihrer neutralen Haltung.

Der litauische Konflikt

Romno, 21. Juli.

Um alle möglichen Konflikte zwischen den russischen Truppen in von den Polen geräumten Gebieten Litauens und der litauischen Regierung zu vermeiden, verlangte der litauische Minister des Äußeren von der Moskauer Regierung die Annahme bestimmter Bedingungen. Danach dürfen die russischen Truppen eine von den beiderseitigen Heeresleitungen nach festzulegender Demarkationslinie nicht überschreiten. Die Zivilverwaltung soll vollständig in den Händen der Litauer liegen. Die Russen dürfen nur in militärischer Hinsicht unbedingt erforderliche Befestigungen, Militärdépôts und andere Gebäude beschlagnahmen. Weiter wird gesagt, daß nur durch strenge Befolgung der Bedingungen alle Konflikte zwischen den beiden Regierungen verhütet werden könnten.

Die bayerisch-partikularistische Konterrevolution

In Bayern war es den Kappisten durch den Märzputsch gelungen, sich in den Sattel zu schwingen. Obwohl sie ihre Effizienz in den Ministerjesseln nur einem Verfahren verdanken, das man sonst als Hochverrat zu bezeichnen pflegt, haben sie doch ihre vornehmste Aufgabe darin, gegen die Führer des revolutionären Proletariats einen Hochverratsprozeß um den andern zu inszenieren. Der „Demokrat“ Müller-Meinigen, der als Justizminister auch von der Putschregierung übernommen wurde, glaubte durch diese Prozesse seine Eignung für dieses Ministerium besonders beweisen zu müssen. Die Landtagswahlen, die den Rechtssozialisten in Bayern erhebliche Verluste, uns starken Zuwachs brachten, gaben der bayerischen Volkspartei (Zentrum) ihre vorrevolutionäre Machtposition wieder zurück und veranlaßten sie, ihren Putschminister Kahr von neuem als Ministerpräsident aufs Schicksal zu heben. Kahr ist zwar Protestant, und wie er selbst sagt, in der Politik ein Keuling. Aber gerade wegen dieser Eigenschaften eignet er sich umso besser dazu, als Ministerpräsident nach der Pfeife der bayerischen Volkspartei zu tanzen. Als neue Regierung ist mit einer kleinen Aenderung vom Landtage die Putschregierung vom März wiedergewählt worden. Nur die Demokraten, die bisher das Handelsministerium und das Justizministerium besetzt hatten, mußten einen Ministerjesseln aufgeben. Sie ließen Herrn Müller-Meinigen schwimmen und für ihn erwählte die bayerische Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) Herrn Dr. Roth zum Hüter der bayerischen Gerechtigkeit. Dieser Herr Dr. Roth ist der ehemalige Hauptmann Roth, der den Münchener Arbeitern aus der Kriegszeit als Leiter der politischen Abteilung im Generalkommando des 1. Armeekorps in München noch unruhigst belannt ist. Er ist also der richtige Mann, um das von Müller-Meinigen in Bayern so intensiv betriebene System der Klassenjustiz fortzuführen und womöglich zu ergänzen. Bayern dürfte damit wohl die reaktionärste Regierung unter den Einzelstaaten haben. Die bayerische Volkspartei hat mit ihren vier Ministern die absolute Mehrheit im Kabinett. Der bauerndemokratische Landwirtschaftsminister ist kein Spielverderber, Justizminister Dr. Roth wird bei der gemeinsamen bürgerlichen Kampffront gegen das Proletariat ebenfalls seinen Mann stellen und der demokratische Handelsminister ist im Kabinett nicht viel mehr als gebildet. Die von der Putschregierung Kahr bisher schon betriebene reaktionäre Unterdrückungspolitik wird also in verstärktem Maße auch von der durch den Landtag erwählten Regierung fortgeführt werden.

Von besonderem Interesse sind die Beziehungen der bayerischen Regierung zu Rom und zu Frankreich. Der vielgeschäftige Herr Dr. Heim hatte eine Kommission unternehmen und dort anscheinend sich vom Papste die nötigen Instruktionen geholt. Der Vatikan hat mit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie die letzte katholische Großmacht verloren; er sucht jetzt eine Möglichkeit, seine Machtsphäre aufs neue zu erweitern. Die Christlich-Sozialen in Deutsch-Oesterreich und die Bayerische Volkspartei in Bayern sollen nun die Geschäfte des Papstes besorgen. Man würde es in Rom sehr gerne sehen, wenn in Süddeutschland ein großer katholischer Staat entstehen würde, der sich von dem überragenden Einfluß des protestantischen Nordens freimacht. Da der Papst neuerdings auch sehr gute Beziehungen zu Frankreich unterhält, ist es nicht verwunderlich, wenn die römischen Pläne im Benehmen mit Frankreich ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden sollen. Professor Otto, ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Bayerischen Volkspartei, der jetzt zur Mittelpartei gewechselt ist, hat vor einiger Zeit in einer Mitgliederversammlung ausgesprochen, daß bayerische Politiker in Zürich, San Remo und Paris mit Engländern und Franzosen über die Schaffung einer Donau-Föderation unter Führung Bayerns verhandelt hätten. Der literale „bayerische Kurier“ fühlte sich, ohne daß Angehörige seiner Partei genannt waren, getroffen, und erklärte die Enthüllungen Professor Ottos für Verleumdungen. Ebenso erklärte Dr. Heim, daß er mit niemand verhandelt habe.

Das rief Herrn Hauptmann Kahr auf den Plan, der authentische Aufzeichnungen über eine Unterredung veröffentlichte, die Herr Dr. Heim in Regensburg mit Kommerzienrat Kastner über diese Angelegenheit hatte. Aus den Aufzeichnungen geht hervor, daß Heim die Verhandlungen mit Engländern und Franzosen über die Donau-Föderation geführt hat, deren Kern Bayern sein, und die Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Teile von Deutsch-Oesterreich ohne Wien einschließen soll. Baden und Württemberg waren als „französische Vorprovinzen“ gedacht. Herr Dr. Heim dementierte natürlich sofort und nannte diese Darstellung von A bis Z Konfusion und zum Teil glatte Erfindung. Er wagte es also nicht, die Mitteilung des Hauptmann Kahr einfach in ihrer Gesamtheit als unwahr zu kennzeichnen. Wir glauben natürlich dem Dementi des Herrn Dr. Heim ebensowenig, wie wir ihm bisher schon immer geglaubt haben. Wenn es ihm ernstlich um die Feststellung der Wahrheit zu tun wäre, müßte er Herrn Hauptmann Kahr verklagen. Bis heute hat man von einer solchen Klage Heims aber noch nichts gehört. Was dahinter die Darstellung der Regensburger Unterredung als richtig betrachtet werden.

Die bekannten Waffenschreibungen von Bayern nach Tir o l erhärten nur, was über die österreichisch-bayerischen Pläne bekannt geworden ist. Würde die Absicht, eine Donau-Föderation zu errichten, in der die Klerikalen die unbedingte Herrschaft ausüben könnten, nicht bestehen, dann wäre es gar nicht erklärlich, warum die österreichischen Christlich-Sozialen und die bayerischen Klerikalen gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland sind. Sie wollen eben die Zusammenschließung der Klerikalen Machtbereiche in Österreich und Bayern zu einer Donau-Föderation unter dem Schutz Frankreichs. Man rechnet in Bayern mit der Großmut der französischen Regierung gegenüber Bayern, wenn die sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt werden, und dann könnte der schöne Plan der Donau-Föderation verwirklicht werden, der natürlich eine Lösung vom Reich bedeutet. Die neue bayerische Regierung hat denn auch nach der Unterzeichnung der militärischen Forderungen in Spaa sofort erklärt, daß sie nicht daran denke, die Einwohnerwehren und Sicherheitswehren aufzulösen. Das ist verständlich, denn Bayern braucht eine starke Militärmacht, wenn es seine dunklen Absichten durchzuführen will. Zu gleicher Zeit mit dieser bayerischen Erklärung wurde aber auch bekannt, daß Frankreich in München eine besondere Gesandtschaft errichten wird. Die Erklärung, die jetzt Millerand zu diesem neuesten diplomatischen Unternehmen in der französischen Kammer gibt, ist nicht dazu angetan, die bayerischen Loslösungsbestrebungen im besten Licht erscheinen zu lassen.

Der Herd der Kontroverrevolution ist jetzt aus Pommern nach Bayern verlegt worden. Herr Ludendorff hat seinen Wohnsitz bei München aufgeschlagen, um seinen Getreuen näher zu sein. Und die militärische Reaktion wird verstärkt durch die geheimen konterrevolutionären Machenschaften der Klerikalen, die in engerster Fühlung mit dem Vatikan stehen und zur Erreichung ihrer Ziele vor Zertrümmerung des Reiches und Auslieferung deutscher Landesteile an Frankreich nicht zurückschrecken. Das bayerische Proletariat muß sehr auf der Hut sein, wenn es nicht eines Tages schlimme Ueber-taschungen erleben will.

Der Kampf um Stinnes

Genau wie sein Parteifreund Stresemann im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat sich, wenn auch mit etwas weniger Ueberschwänglichkeit, der Reichswirtschaftsminister Scholz in der Donnerstagsitzung des Reichswirtschaftsrates für Herrn Stinnes eingesetzt. Er hat die Meinung vertreten, daß die Ausführungen der beiden Kohlenfachverständigen in Spaa, von denen bekanntlich der eine Herr Stinnes war, auf die Vertreter der Entente einen sehr günstigen Eindruck gemacht hätten. Es sei auffällig gewesen, daß am gleichen Tage, an dem die beiden Sachverständigen zum Wort gekommen seien, der französische Ministerpräsident zum ersten Male Töne angeschlagen habe, die man wohl im allgemeinen als versöhnlich bezeichnen könne.

Herr Scholz scheint sich nicht in die Rekläre der französischen Zeitungen verliert zu haben, denn sonst würde er wohl zu der Erkenntnis gelangt sein, daß er mit seiner Meinung über die Wirkung des Auftretens des Herrn Stinnes sehr in die Irre geht. Außerdem aber befindet er sich absolut nicht im Einklang mit seinem hochverehrten Kollegen im Ministerium des Auswärtigen. Der Minister Simons hat nämlich am Mittwoch im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten über Herrn Stinnes wesentlich anders gesprochen. Er hat sich in seinen Worten zwar einer gewissen diplomatischen Zurückhaltung befleißigt, aber er gab doch deutlich genug zu verstehen, daß die Möglichkeit, diesen Zehnherrn in Zukunft als Sachverständigen bei Unterhandlungen mit Frankreich zu benutzen, nach den Erfahrungen, die man in Spaa mit ihm gemacht habe, stark herabgemindert sei.

In den Plenarverhandlungen des Reichstages wird man zweifellos auf diese Dinge zurückkommen, und es wäre wünschenswert, daß dann auch die Öffentlichkeit noch über zwei, sie ganz besonders interessierende Fragen unterrichtet wird. Wir wünschen erstens zu wissen, worauf sich die Verhandlungen, die Stinnes mit Millerand in Brüssel geführt hat, erstreckt haben und welche Anregungen bei dieser Gelegenheit insbesondere von Seiten des deutschen Sachverständigen zur Lösung des Problems der besseren Versorgung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln gegeben worden sind. Sodann haben wir das größte Interesse daran, zu erfahren, ob Herr Stinnes in seinen Besprechungen mit Mitgliedern der deutschen Regierung seiner Abneigung gegen eine Besetzung des Ruhrreviers mit jener Enschiedenheit Ausdruck verliehen hat, die jeden Zweifel daran zerstört muß, daß er eine solche Besetzung nicht für ebenso unerträglich ansieht, wie die deutsche Regierung selbst und die Vertreter der Arbeiter.

Wenn in diesen Beziehungen tatsächlich restlose Aufklärung gegeben wird, so sind wir überzeugt, daß weder Herr Scholz noch Herr Stresemann den Mut finden werden, ihrem Freund und Gönner weiter das Wort zu reden.

Die Versklavung der Soldaten

Den Soldaten ist bereits durch einen Beschluß der Nationalversammlung das Wahlrecht genommen worden. Jetzt wird bekannt, daß ihnen durch das Reichswehr-gesetz, dessen Entwurf bereits dem Reichsrat vorliegt, auch das Recht zum Zusammenschluß genommen werden soll. Paragraph 32 des Wehrgesetzes hat nämlich folgenden Wortlaut:

Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich innerhalb des Dienstbereichs politisch nicht betätigen. Den Soldaten ist die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten. Sie dürfen sich untereinander auch zu nichtpolitischen Zwecken nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten versammeln oder vereinigen. Das Recht zum Wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden ruht für die Soldaten.

Dieser Paragraph raubt den Soldaten nicht nur das Recht zur politischen Betätigung, er nimmt ihnen auch jede Möglichkeit, ihre Berufsfragen zu besprechen, er liefert sie auf Gnade und Ungnade der Willkür der Vorgesetzten aus. Außerdem stellt er einen glatten Verfassungsbrechung dar, denn das Recht, sich zu vereinigen, ist jedem deutschen Staatsbürger zugebilligt, ganz gleich, ob er einen Waffentod trägt oder nicht. Der Vater dieses Paragraphen ist Sedat, sein wahrer Zweck: den Soldaten das Recht zu rauben, sich bei einem neuen Offiziersputsch zu versammeln und gegen die staatsfeindliche Stellung zu nehmen, wie es am 13. März zum Schrecken des Herrn Sedat teilweise geschah. Wenn die Soldaten deutsch-national beeinflusst werden oder in pazifistische Versammlungen gehen, um dort mit dem Revolver zu schießen, so wird das analog der bisherigen Erfahrungen selbstverständlich keine unerlaubte Handlung sein. Der

Paragraph 32 des Wehrgesetzes wird sich in der Praxis nur gegen demokratische und sozialistische Tendenzen richten. Er soll die Soldaten ins Joch der deutsch-nationalen Partei zwingen. Deshalb muß er durch den Reichstag gestrichen werden.

Graf Sforza über Spaa

Die Verdienste Italiens

Rom, 22. Juli.

Der Minister des Aeußern, Graf Sforza, erklärte in Beantwortung mehrerer Anfragen über die auswärtige Politik in der Kammer zur Kohlenfrage: Nach dem Vertrage von Versailles hätte Italien Deutschland das Darlehen verweigern können, das sich als Unterschied zwischen dem vom Friedensvertrag festgesetzten Mindestpreis und dem wirklichen Preis ergibt, aber dann würden die deutschen Bergarbeiter nicht gearbeitet haben, und hätte man, um Kohle zu erhalten, das Ruhrgebiet besetzen müssen. Dies sei durch seine Vermittlung verhindert worden.

Weiter sagte er: Im Anbeginn einer europäischen Regelung nach dem Kriege muß man nicht Wunder verlangen. Um zu einem Urteil über Spaa zu gelangen, muß man vor allem an die Abgründe denken, die sich vor der Konferenz aufgetan hätten, wenn sie plötzlich abgedroht wäre, wie man es einmal befürchtet hat. Mein ganzes Bestreben lag darin, diese Gefahren zu vermeiden und Europa auf einen fruchtbareren Weg zu führen.

Seine Kollegen auf der Konferenz sahen nämlich ein, daß meine Bemühungen und selbst die Einwände, die ich mehrmals gegen gewisse Anschauungen vortrugte, dem herzlichen Wunsch entsprangen, die allgemeinen und gemeinsamen Interessen zu schützen. Ich hoffe, daß das Werk von Spaa Früchte tragen wird. Niemand ist vollkommen zufriedengestellt von Spaa weggegangen. Eine der Großmächte war vollkommen unzufrieden. Auf jeden Fall haben wir die Grundlagen zu einer europäischen Zusammenarbeit gelegt. Es fehlten auch nicht neue Erscheinungen in den Annalen der Diplomatie. So wurde der Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet zugelassen, um den Standpunkt seiner Arbeitsgenossen darzulegen, und man hörte ihm mit Aufmerksamkeit zu und Achtung zu. Im ganzen glaube ich sagen zu dürfen, daß Italien mit Spaa zufrieden sein kann und daß wir die Konferenz als eine glückverheißende Etappe auf dem Wege zu einer europäischen Regelung ansehen können.

Der Mob in Rom

Einige Deputierte verlegt

Mailand, 22. Juli.

Infolge der Zerstörung der Druckerei des „Avanti“ haben alle Zeitungen in Rom dem sozialdemokratischen Organ ihre Druckereianrichtungen zur Verfügung gestellt. Die Zeitung des „Avanti“ hat das Anerbieten des Blattes „Epoca“ angenommen. Trotzdem konnte der „Avanti“ nicht erscheinen, da die Demonstranten die Zeitungsträger nicht herauskommen ließen. Die Demonstrationen nahmen einen äußerst heftigen Charakter an. In ihrem Verlauf wurden die beiden Deputierten Modigliani und Delacour verletzt. Modigliani trug eine so schwere Kopfverletzung davon, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der „Corriere della Sera“ meldet, daß infolge der Nachrichten aus Rom in Turin heftige Demonstrationen stattgefunden haben. Verschiedene Offiziere wurden schwer mißhandelt. Nach einer Meldung römischer Blätter hat der infolge der Vorgänge in Rom ausgereisene Proletkämpfer keinen Erfolg gehabt.

Die Türkei unterzeichnet

L. U. Paris, 22. Juli.

Der Berichterstatter des „Temps“ in Konstantinopel meldet: Der Sultan hat die Entlassung des Gesamtkabinetts Damad Ferid abgelehnt. Der Großwesir wird jedoch die einzelnen zurücktretenden Minister erlassen. Die Unterzeichnung des Vertrages steht fest. Der Großwesir hatte eine lange Unterredung mit dem hohen Kommissar Resnace. Griechische Truppen landen in Smyrna. Der Kreuzer „Aetol“ traf mit dem König von Griechenland in Panderma ein. Die Besetzung Thragiens steht bevor.

Die Lage in Rußland

Die „Humanite“ veröffentlicht ein Telegramm der französischen Delegierten Cahin und Frossard, das sie über ihre Eindrücke von Rußland erhielten. Es heißt darin:

Wir haben die großen industriellen Zentren und zahlreiche Dörfer in vielen Gouvernements besucht. Überall hat man den Eindruck der Ordnung, der Wiederaufnahme der Arbeit, des wirtschaftlichen Aufbaues, soweit es die Blockade und der Krieg gegen Polen ermöglichten. Beste Zuversicht und Siegesgemutheit besetzt die ganze russische Arbeiterklasse. Die Macht der Sowjetregierung war niemals fester als jetzt. Die Rote Armee bekommt täglich neue Verstärkungen, die zu allen Opfern bereit sind.

Die Arbeiter erzählen uns von den schweren Entbehrungen, die sie seit drei Jahren erdulden. Sie haben Kälte gelitten. Sie haben Hunger gelitten. Die Regierungen der Entente haben sie zu einem elenden Leben gezwungen. Sie fragen uns, wie die westeuropäischen Proletarier, und besonders das französische Proletariat, diese verbrochene politische drei Jahre lang erdulden konnten. Aber sie haben nicht die Hoffnung aufgegeben, daß die französischen Arbeiter doch noch der russischen Revolution zu Hilfe kommen werden.

Was uns betrifft, so kehren wir von dieser langen Reise auf einer Strecke von dreitausend Kilometern, überzeugt von der Kraft der Sowjetmacht, zurück und voller Bewunderung für eine Arbeiterklasse, die aus dem ungeheuren russischen Territorium eine sozialistische Republik errichtet hat, die nicht mehr vernichtet werden kann. Die russischen Arbeiter haben drei Jahre schwere Leiden im Dienste des internationalen Proletariats auf sich genommen. Sie erwarten, daß dieses seinerseits energisch in den Kampf gegen die Bourgeoisie und dem Imperialismus eintritt.

Die Waffenstillstandsbedingungen

In der deutschen Presse ist bisher nur ein Auszug aus den von Lloyd George den Polen und Russen vorgeschlagenen Waffenstillstandsbedingungen erschienen. Nachstehend sei der genaue Wortlaut mitgeteilt:

1. Polen wird auf jede Eroberungspolitik verzichtet. 2. Es wird sich dem Obersten Rat bedingungslos in allen Streitfragen, insbesondere die Fragen von Danzig und Teschen unterwerfen. 3. Es wird seine Truppen auf die Linie Grodno-Brest-Litowsk und bis zu einem Punkte 50 Kilometer südlich von Bemberg zurückziehen. 4. Die Sowjetarmeen dürfen bis zu einer 50 Kilometer von der polnischen Linie entfernten Linie vorrücken. 5. Wenn die Russen jenseits der fixierten Linie vorgehen, werden die Alliierten Polen vollständige Unterstützung angedeihen lassen. 6. Eine Waffenstillstandskonferenz wird nach Lon-

don einberufen werden, wo der Friede zwischen den Sowjets einerseits, Polen, Litauen, Finnland und Lettland andererseits besprochen werden wird; bis dahin werden gleicherweise die Vertreter Ostgaliziens berufen, die das Recht haben werden, ihre Ansprüche zum Ausdruck zu bringen.

Die Russen in Baku

London, 22. Juli.

Die Agentur Reuters veröffentlicht eine Depesche aus Tiflis. Diese besagt, daß General Kuri mit 12 000 bolschewistischen Soldaten in Baku eingetroffen sei.

Die Donkosaken

L. U. Berlin, 22. Juli.

Wie aus Krakau berichtet wird, haben sich die Donkosaken mit der Armee des Generals Wrangel vereinigt und diese damit um 2 000 Mann verstärkt. Die Moskauer „Pravda“ beschränkt, daß, wenn es General Wrangel gelingt, in das Dongebiet vorzudringen, Rußland seines hauptsächlichsten Kohlengebieten beraubt werden könnte.

Herr Baumeister und die Seinen

Die „Sozialistische Korrespondenz“ des Herrn Hellmann schreibt:

Wie wir erfahren, ist an das Internationale Arbeitsamt in Genf als deutscher Angelegter der Sekretär Albert Baumeister berufen worden. Wir müssen diese Wahl als schweren Mißgriff bezeichnen. Baumeister hat als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen Anhang an Charaktereigenschaften gezeigt, der ihn in dieser unmöglich gemacht hat. Er war eins der Hauptglieder der Berlemburg-Clique gegen unsere führenden Parteigenossen, die im Rhodin-Prozess entlarvt wurde. Der Zeuge Baumeister spielte hier neben Davidsohn die denkbar traurigste Rolle, er wurde wegen offener Mißlichkeit nicht verurteilt. Das Vertrauen der Berliner Parteigenossen hat Baumeister total verloren, auch weil er politisch eine Lamälesonatur zeigte, bald auf der höchsten Rechten der Partei, namentlich während des Krieges den Fortbestand der Internationale überhaupt bezweifelte, bald wieder in gewissen Stadien der Revolution und namentlich, als er in der Partei unmöglich war, mit den Kommunisten liebäugelte. Außerdem soll gegen Baumeister ein Verfahren wegen eines gemeinen Diebstahls schweben, das unter Umständen zu einem Antrag auf Auslieferung aus der Schweiz führen kann. Einen solchen Mann hätte man doch nicht als einzigen Vertreter der deutschen Arbeiterklasse nach Genf schicken sollen.

Wir haben zu dieser Charakteristik des Herrn Baumeister nichts zu bemerken. Dieser Mann interessiert uns nicht. Aber mancher Vorwurf, der ihm gemacht wird, trifft auch andere. Seine angelegten Auslassungen über die Internationale ist er in der „Internationalen Korrespondenz“, die jetzt „Sozialistische Korrespondenz“ heißt, und zu jener „Berlemburg-Clique“, die zu Anfang des Krieges alle Neuerungen und Handlungen auswärtiger Parteien und Sozialisten dem deutschen Proletariat entweder entstellte mittelste oder unterschlug und damit zur nationalen Verheugung der Arbeiterklasse bewußt beitrug — zu dieser Clique gehörte mancher, der heute noch in Amt und Ehren in der S. P. D. ist.

Heinrich Schulz schimpft

Wir haben auf Grund des von einem selbstverleumdenden Mitglied des Reichsrates gestifteten Protokolls nachgewiesen, welche unheimliche Rolle eine Anzahl rechtssozialistischer Ministergrößen in den Tagen des Kapp-Zuzuges gespielt haben. Einer der Gezeichneten, Herr Heinrich Schulz, der in der rechtssozialistischen Partei Kultur und Bildung bearbeitet und auch im Reichsministerium des Innern als Staatssekretär auf diesen Gebieten betätigt, nimmt endlich im „Vorwärts“ dazu das Wort. Unsere Feststellungen sind sonst von der ganzen rechtssozialistischen Presse totgeschwiegen worden und auch Herr Schulz kann sie nicht entkräften, denn sie beruhen auf unbestreitbaren Tatsachen. Dafür belegt uns der Mann von Kultur und Bildung mit einer Fülle von Schimpfwörtern, und behauptet daneben noch, daß sein Verhalten in den Kapp-Tagen von Anfang bis Ende ausschließlich von dem Wunsche bestimmt worden sei, daß dem Kapp-Abenteurer so bald wie möglich ein Ende gemacht werden möge.

Die von uns wiedergegebenen Ausführungen von Heinrich Schulz im Reichsrat zeigen deutlich, welchen Interessen er damals in Wirklichkeit gedient hat. Grundätzlich hatte er nichts dagegen, daß ein Teil der Arbeiter zum Kampfe gegen den anderen Teil aufgeboten wurde; nur den Oberbefehl des Generals von Dittmich lehnte er damals aus Zweckmäßigkeitsgründen ab. Nicht das Interesse des Proletariats war für sein Verhalten während der Kapp-Lage bestimmend, sondern die Erhaltung der Koalition der Rechtssozialisten mit den bürgerlichen Parteien.

Ein Anschuldschlamm

Bei einer Besprechung der Vöbelaufsitze vor der französischen Botschaft hatten wir die Vermutung ausgesprochen, daß den Exzessen der „Deutschböhsche Arbeiterring“ nicht fernstehen dürfte, daß sich dieser die Führung der nationalistischen Leidenlasten ganz besonders angelegen sein lasse. Hierzu erhalten wir nun folgende Verächtung:

„Es ist un wahr, daß der Deutschböhsche Arbeiterring den Exzess inszeniert hat.“

Wahr ist vielmehr, daß der Arbeiterring mit dem Exzess nicht das Geringste zu tun hat.“

Im sonderbaren Gegenstand dieser Erklärung steht die Tatsache, daß der zweite Austritt vor der Botschaft von der nationalen Studentenchaft ausging, die vorher in der Universität eine Versammlung hatte, wo der Auszug des Vöbels beschlossen wurde. Diese Studentenchaft ist dem Arbeiterring angeschlossen, vertritt sein Programm durch die Tat. Die intellektuelle Urheberchaft an den unwürdigen Auszügen wird also der „Deutschböhsche Arbeiterring“ kaum abstreiten können.

Wieder ein Schwindel entlarvt. Wie die „S. P. D.“ aus Königsberg erfahren, liegen keinerlei Anzeichen für die Bildung einer ostpreussischen roten Armee, besonders in und bei Insterburg, vor. Das wird die Lügenpresse nicht hindern, morgen mit einem neuen Schwindel aufzuwarten.

Streikverlegung in Pommern. In ganz Pommern herrscht Ruhe. Die Teilstreiks auf einigen Gütern der Kreise Schivelbein, Neustettin und Saargau sind bereits im Laufe der vergangenen Woche beigelegt worden. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen.

Kreistagswahl im Saagebiet. Bei der Kreistagswahl im Kreis Weizig erhielten das Zentrum zwölf Sitze, die Sozialdemokraten sieben und die freie Bürgervereinigung (Demokraten und freie Bauernschaft) drei Sitze.

Das neue ungarische Kabinett. Der Reichsoverweser hat auf Vorschlag des Grafen Teleki folgende Kabinettsliste angenommen: Präsident Teleki; Inneres Ferdinand; Finanzen Koranyi; Justiz Tomcsanyi; Kultus Haller; Handel Kuvinek; Ernährungs-wesen Spado von Kaganad; Volkswohlfahrt Benard; Minister für nationale Minderheiten Wiener; Minister für kleine Landwirte Spado von Soloropaska. Das Ministerium des Aeußern wird vorläufig durch den Ministerpräsidenten, das Ministerium für Ackerbau durch den Handelsminister geleitet.

Die Gefangenen in Sibirien. Die „Nationalen“ aus Christiania meldet, beschloß das Storting gestern einstimmig, die Regierung zu ermächtigen, 35 000 Pfund Sterling für die Heimkehr der noch in Rußland und Sibirien befindlichen Kriegsgefangenen zu bewilligen. Professor Hansen hofft, daß es noch in diesem Jahre gelingen wird, 3000 Gefangene in die Heimat zu befördern.

Der Reichswirtschaftsrat über die Kohlenfrage

Raubbau oder Sozialisierung

Der erste „große Tag“ des seltsamen Parlaments, das man weiß nicht recht, ob mehr aus Gründen des Zufalls oder als Symptom der Sympathie — im alten preussischen Herrenhaus seinen Sitz aufgeschlagen hat, galt einer großen Sache: der durch die Verhandlungen in Spaa aufgeworfenen Kohlenfrage.

Der Reichswirtschaftsminister Scholz begann seine Rede mit einer Begründung für die vielbesprochene Erscheinung, daß die Regierung dem Reichswirtschaftsrat vor dem Reichstag Bericht erstatte. Der Reichswirtschaftsrat sei ein Kreis von Sachverständigen, und es sei seine Bestimmung, dem Reichstag durch sein Urteil die Unterlagen für die politischen Entschlüsse zu geben. Darum sei es natürlich, daß er sein Wort zur Sache vor dem Reichstag spreche.

Das ist natürlich mit Gewalt an den Haaren herbeigezogen. Man sollte ehrlich sein und zugestehen, daß es Herrn Scholz diesmal so paßt. Ein andermal wird es ihm anders passen und er wird nicht verlegen sein um eine ebenso hinkende Begründung für einen anderen Modus.

Die Behauptung, der Reichswirtschaftsrat sei ein Gremium von sachlich abwägenden Sachverständigen, ist ebenso eine Vorspiegelung, wie der ganze Reichswirtschaftsrat eine Täuschung ist. Gewiß gliedert sich der Kreis der Reichswirtschaftsräte nicht nach Fraktionen mit politischen Tendenz. Unter der künstlichen Kränzel der selbstlosen Objektivität, die nur des Reiches Wohl und des Volkes Bestes will, schlummern aber die gleichen politischen Gegensätze, die im Reichstag ihren klaren Ausdruck in der Fraktionsbildung finden, nur daß die Machtverhältnisse im Reichswirtschaftsrat willkürlich konstruiert und damit zugunsten des kapitalistischen Interesses verschoben sind. Ginge es richtig zu, dann müßte der große, letzte wirtschaftliche wie politische Gegensatz, der unsere Gesellschaft teilt, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, hier schärfer und leidenschaftlicher zum Ausdruck kommen als anderwärts.

Herr Scholz sprach über die Verhandlungen in Spaa, die ebenfalls einem Gemisch von Gutachterweisheit und Staatsmännerei gleichen. Auch in Spaa wurden Staatsmänner durch sogenannte Sachverständige ergänzt. Was Herr Scholz zur Sache sagte, genügt, um zu beweisen, daß er weder ein Sachverständiger noch ein Staatsmann ist. Er trägt die auf, spricht viel von „Diktat“ und „Berurteilung“, unterstreicht an der falschen Stelle, um nach einem großen Aufgebot von starken Betonungen schließlich doch zu dem Ergebnis zu kommen: Das Abkommen ist getroffen, das Abkommen muß gehalten werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns spricht ernster. Er betont, daß das Zustandekommen eines Abkommens über Mehrarbeit der Bergarbeiter zur Erfüllung der in Spaa eingegangenen Leistungsverpflichtungen abhängig ist von gewissen Voraussetzungen. Zu diesen Voraussetzungen rechnet er, daß der Bergbau nach der technischen Seite hin gehoben, von den Folgen des wahnwitzigen Raubbaues in der Kriegszeit befreit und daß die Förderung gesteigert wird durch eine Verbesserung der Betriebsorganisation.

Das ist allerdings die Voraussetzung für eine weitere Hebung der Förderung. Bisher hat man sich damit begnügt, den Raubbau an der Technik zu ergänzen durch einen Raubbau an den Menschenleibern. Geht das so weiter, dann werden Technik und Menschen bald gleichermaßen ruiniert sein. Ein paar Pfund Schmalz halten diesen Weg zur Katastrophe nicht auf. Aber die Voraussetzung, die der Reichsarbeitsminister erkannt hat, ist nur zu erfüllen durch einen entscheidenden Einfluß der Arbeiter und Betriebsrat, kurz: durch die Beteiligung des privaten Profitinteresses, durch die Sozialisierung des Bergbaues. Diese Forderung muß die Voraussetzung für Verhandlungen der Bergarbeiter über Mehrzeitleistung sein. Gewiß hat auch die sogenannte Arbeiterschaft ein Interesse daran, daß die Kohlenförderung eine Höhe erreicht, die der Industrie das Leben möglich macht. Aber die übrige Arbeiterschaft hat nicht das Recht, von den Bergarbeitern auch nur eine Stunde Ueberzeitarbeit zu fordern, solange sie Sklaven des Kapitals sind und solange diese Mehrleistung die Scheuern des Unternehmertums füllt. Das ist es, was im Reichstag auf Grund des Sachverständigenurteils des Reichswirtschaftsrates zu sagen sein wird.

Der Reichsernährungsminister Hermes richtete einen Appell an die Landwirtschaft, damit auch sie zur Ueberwindung der Ernährungsschwierigkeiten in Deutschland beitragen möge. Auch hier wird das Ergebnis abhängen vom Verhalten des landwirtschaftlichen Unternehmertums. Nachstehend geben wir den Bericht, wobei wir uns auf die Wiedergabe des Wesentlichen beschränken.

Reichswirtschaftsminister Scholz

Nach langen Erläuterungen über die frühe Tagung des Reichswirtschaftsrates kam der Minister auf das Kohlenproblem. In der Kohlenfrage begannen die Verhandlungen damit, daß uns zunächst vorwärts über die bisherige Art unserer Leistungen gemacht wurden, und wir veranlaßt wurden, uns zu verzeihen. Nachdem das geschehen war, erfolgte ein Diktat in der Form einer sogenannten Delegation. Dieses Diktat besagte in seinen wesentlichen Momenten folgendes: Die deutsche Regierung muß den Lieferungen der Reparationskommission unter den durch den Friedensvertrag festgelegten Bedingungen die absolute Vorhand vor allen anderen Lieferungen zuerkennen. Ferner soll eine dauernde Delegation der Reparationskommission in Berlin

eingesetzt werden. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen über diese Punkte hat die deutsche Regierung zwei Sachverständige aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber der Gegenseite das Prinzip deutlich vor Augen geführt, daß eine Erhöhung der Lieferung an die alliierten Mächte nur herbeigeführt werden konnte durch vereinigte Arbeit der Regierung mit den schaffenden Kräften in Deutschland.

Dieser Vorschlag der Verweisung an eine technische Kommission von Sachverständigen, der von uns gemacht wurde, wurde am gleichen Tage angenommen, nachdem die beiden Sachverständigen sich geeinigt hatten. Die Kommission kam leider zu keinem greifbaren Ergebnis. In den Verhandlungen wurde an den von der Reparationskommission festgelegten Mengen festgehalten, die für uns nach dem Urteil aller Sachverständigen unerfüllbar waren. Es folgte dann eine Erklärung der alliierten Mächte, daß auf sechs Monate eine Ermäßigung von 2,4 auf 2 Millionen eintreten sollte. Wir mußten erklären, daß wir dieses Angebot für unerfüllbar hielten, und es wurde von uns ein Gegenantrag formuliert. Der Minister wiederholt den bekannten Inhalt dieses Vorschlages, wonach sofort 1,1 Millionen abzuliefern seien, unter Voraussetzung der Ermöglichung besserer Lebenshaltung der Bergarbeiter, in ein bis zwei Monaten eine Steigerung von 1,4 Millionen und nach Ablauf eines Jahres eine solche auf 1,7 Millionen eintreten sollte unter der Voraussetzung, daß bis dahin unter Mithilfe der alliierten Mächte es ermöglicht würde, die Siedlung im Ruhrgebiet erheblich zu steigern. In diesem Moment der Verhandlungen trat ein starker Druck ein, unter dem nunmehr die ganze Sachlage für die deutsche Delegation stand. Es wurde uns mitgeteilt, daß, wenn wir nicht schleunigst zu einer Einigung in der Kohlenfrage kämen,

der Einmarsch ins Ruhrgebiet

unverzüglich erfolgen würde. Unter diesem Druck der Verhältnisse kam unser neues Angebot zustande, wonach sich die deutsche Regierung verpflichtet, vom 1. August d. J. ab vorläufig sechs Monate monatlich zwei Millionen zur Verfügung zu stellen. Der Minister wiederholt die weiteren Einzelheiten des bekannten Vorschlages. Die Alliierten erklärten sich schließlich bereit, Deutschland zur Einführung ausländischer Lebensmittel und von Rohstoffen für Industrie und Landwirtschaft einen Vorstoß zu gewähren. Die Beratung über diesen Vorstoß wird alsbald unter Zuziehung von Sachverständigen aufgenommen werden. Ueber die veränderte Haltung der deutschen Regierung habe ich zu sagen: Wir hatten mit der Vollziehung des Einmarsches binnen weniger Stunden zu rechnen. Ich möchte darauf hinweisen, daß in wirtschaftlicher Beziehung die Folge gewesen wäre, daß die Förderung im Ruhrgebiet nicht nur in der Höhe von etwa zwei Millionen, sondern in voller Höhe des Friedensvertrages, das heißt von etwa 3,5 Millionen monatlich abzuliefern gewesen wäre. So ist es gekommen, daß wir das Ihnen vorgetragene Angebot machten. Bezüglich der Frage der Verbesserung der

Lebenshaltung der Bergarbeiter

wurde uns in dem endgültigen Diktat nur zugestanden, daß der Gegenwert auf das Reparationskonto angerechnet werde. Außerdem wurde die Gegenleistung einer Prämie von fünf Goldmark festgesetzt, die zum Erwerb von Nahrungsmitteln verwendet werden sollten. Bezüglich der obersten Frage wurde nur allgemein anerkannt, daß die Verteilung durch eine Kommission zu bestimmen sei, in welcher Deutschland vertreten sei. Im übrigen erklärten sich die alliierten Regierungen bereit, Deutschland einen Vorstoß zu gewähren in Höhe des Unterschiedes zwischen dem deutschen Inlandspreis und dem Weltmarktpreis der Kohle. Bei der

Gesamtverteilung der Sachlage

wird man sich einerseits eine gewisse Verbesserung gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrages nur Augen halten müssen. Die Ziffer von 3,5 Millionen Tonnen ist auf 2 Millionen monatlich herabgesetzt. Ferner sind nicht unwesentliche Zugeständnisse geliblicher Natur mit Rücksicht auf die Ernährung nicht nur der Bergarbeiterschaft, sondern auch der ganzen deutschen Bevölkerung gemacht worden. Ferner ist immerhin eine gewisse Erleichterung auf dem Wege zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und den alliierten Ländern. Die Mehrheit der Regierung steht mit mir auf dem Standpunkt: Das Kohlenabkommen in Spaa stellt eine vielleicht unerträgliche Belastung des deutschen Wirtschaftslebens dar. Die Erfüllung des Abkommens in Spaa ist in erster Linie

eine Arbeiterfrage.

Es wird notwendig sein, den Arbeitern alle irgendwie möglichen Erleichterungen zu schaffen. Eine möglichst sofortige und starke Verbesserung der Ernährungsverhältnisse im Bergbaugebiet muß sofort eintreten. Wir müssen auch auf dem Gebiete der Kleidung und des Schutzes der Bergarbeiterschaft Vorstöße treiben. Auf dem Wege der stärkeren Siedlung müssen wir in den Bergbaugebieten gleichfalls vorgehen. Nach Auffassung der Regierung läßt sich aber nichts falscher sein, als etwa nunmehr den Bergarbeitern gegenüber auch nur den Eindruck zu erwecken, als ob die tarifmäßige festgelegte Arbeitszeit irgendwie angetastet werden solle.

Durch Erweiterung des Braunkohlenbergbaues müssen wir uns eine Erleichterung unserer Lage und Verpflichtungen schaffen. Der Kohlenhändler muß nach Möglichkeit befreit werden. Ferner müssen wir uns eine Umorganisation der ganzen Kohlenverteilung angelegen sein lassen.

Reichsarbeitsminister Brauns

Die Kohlenfrage ist in erster Linie eine Frage der Erzeugung, dann erst eine Frage der Verteilung. Bei der Erzeugung spielt der Faktor Arbeit natürlich die Hauptrolle. Deshalb kann es auch nicht ausfallen, daß sich anläßlich der Verhandlungen in Spaa der Bergarbeiter eine sehr große Erregung bemächtigt hat. Die deutschen Bergarbeiter fühlen sich durchaus solidarisch mit der ganzen Arbeiterschaft Deutschlands. Dieses Solidaritätsgefühl hat sie gerade zu den Ueberstimmungen veranlaßt. Nunmehr fürchten sie, daß durch die hohen Forderungen der Entente Deutschlands Industrie in weitgehendem Maße killegelegt werden wird und die Arbeitslosigkeit, die ohnehin infolge der Absatzschwierigkeiten schon einen besonders hohen Grad erreicht hat, sich noch erhöht. Dazu kommt, daß die Bergleute fürchten, daß auf dem Umwege über das Spaa-Abkommen die Frage der normalen Schichtdauer in einem für sie ungünstigen Sinne gelöst wird. In diesem Punkte sind die Bergarbeiter besonders empfindlich. Sie

verlangen, daß die Frage der Schichtdauer unter Beteiligung der Arbeiterschaft der ganzen Welt gelöst wird, und fühlen sich in dieser Angelegenheit solidarisch mit den Bergarbeitern der ganzen Welt. Damit müssen die Wirtschaftspolitiker hüben und drüben rechnen. Wir hoffen zuversichtlich, daß dennoch die Bergarbeiterschaft nicht aus der Erregung des Augenblicks heraus endgültige Beschlüsse fassen wird. Zu dieser Hoffnung berechtigen uns die Erfahrungen, die wir bisher mit den Bergarbeitern gemacht haben. Ich will einige Zahlen geben über

die wirtschaftliche Rolle der Ueberstunden.

Die monatliche Kohlenförderung im Ruhrgebiet betrug im Juli 1919 6 271 286 Tonnen, im Januar 1920 6 886 742 Tonnen und Ende Mai 1920 7 931 180 Tonnen, auf den Arbeitstag umgerechnet betrug die Förderung im Juni 1919 241 303 Tonnen, im Januar 1920 264 875 Tonnen und im Mai 205 043 Tonnen.

Anläßlich der Gesamtsitzung des Wirtschaftslebens ist dieses Ergebnis überaus anerkannterwert. Leider wird es im laufenden Monate nicht zu verzeichnen sein. Die Beteiligung an Ueberstimmungen ist im Abflauen und ferner besteht in Bergarbeiterkreisen die Absicht, das Ueberstimmungsabkommen zu kündigen. Hauptgründe dafür sind die ungeheure Sommerhitze, unter der die Arbeiter schwer gelitten haben und das schlechte Brot. Unter solchen Umständen 10 1/2 Stunden arbeiten zu müssen, läßt sich wohl auf die Dauer nicht ertragen. Das Arbeitsministerium hat deshalb neue Verhandlungen auf neuer Grundlage für ein besseres Abkommen vorbereitet. Daraus erhofft es ein günstiges Ergebnis und die Möglichkeit, das Spaa-Abkommen zu erfüllen, daß das Wirtschaftsleben nicht erschüttert werden wird. (Unruhe.)

Eine Voraussetzung ist, daß der Bergbau auch nach der technischen Seite hin gehoben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Nach dem

Raubbau des Krieges

an den Kohlen sind neue Vorrichtungsarbeiten in weitestem Umfange notwendig, um den Bergbau auf einen höheren Stand zu bringen. Aber auch in der Betriebsorganisation können noch eine Menge Maßnahmen getroffen werden, die fördernd auf das Produktionsergebnis einwirken. (Lebhafte Zustimmung.) Das Spaa-Abkommen hat uns heute in eine ähnliche Lage gebracht, wie im Verlauf des Krieges. (Lebhafte Zustimmung.) Die Lösung der Wirtschaftskrise infolge des Spaa-Abkommens ist auch keineswegs nur eine Frage des Steinkohlenbergbaues. Alle diejenigen Industrien, die für die Vorkarbeit des Bergbaues notwendig sind, müssen ihre Arbeitsleistung steigern; ebenso muß auch die Frage des Abtransportes in weitestgehendem Umfange durchdacht werden. Auch auf diesen Gebieten müssen entsprechende Abkommen mit den fraglichen Arbeiterschaften getroffen werden. Die Bergarbeiterschaft wird dem Reichswirtschaftsminister dafür dankbar sein, daß er zugestimmt hat, daß Kohlenlieferungen fortan mit allen Mitteln unterbunden werden sollen.

Ich rufe den Bergarbeitern und dem ganzen deutschen Volke zu, daß Opfer und Hingabe im Interesse und im Dienste des sozialen Fortschritts notwendig sind. (Lebhafte Beifall.)

Reichsernährungsminister Hermes

Durch den Mund des französischen Ministerpräsidenten Millerand hat die Entente schon in einer der ersten Sitzungen ihren Willen zum Ausdruck gebracht, Deutschland in der Ueberwindung der Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Dieser Wille kommt praktisch in den Artikeln 2 und 6 des Abkommens zum Ausdruck. Nach dem Artikel 2 werden uns an Frachteinahmen infolge des Kohlenabkommens im Verlauf der nächsten 6 Monate 30 Millionen Goldmark zur Verfügung stehen, die ausschließlich für eine bessere Ernährung der Bergarbeiter verwandt werden sollen. In der Ernährungsverbesserung für die Bergarbeiter spielt die Hauptrolle die sofortige

Verbesserung des Brotes.

Ich darf als meine Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, daß diese Verbesserung des Brotes in aller nächster Zeit möglich sein wird. Wir verfügen bereits wieder über 60 000 Tonnen Auslandsgetreide und haben gestern an Inlandsgetreide 6000 Tonnen erhalten, während wir bisher täglich nur mit 2000 bis 3000 Tonnen rechnen konnten. Auch die Zufuhr aus dem Auslande stellt sich auf täglich 4000 bis 5000 Tonnen. Es besteht also die nahe Möglichkeit, dem Wunsche nach der Verbesserung des Brotes zu entsprechen. Dem Appell des Reichswirtschaftsministers an die deutsche Landwirtschaft schließe ich mich vollständig an. Die 30 Millionen Goldmark auf Grund von Artikel 2 reichen zu der notwendigen Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter nicht aus. Deshalb muß zurückgegriffen werden auf die Vorstöße nach Artikel 6 des Spaa-Abkommens.

Ueber die Bedingungen der Vorstößzahlung ist noch nichts Näheres vereinbart, auch nicht über den Verwendungszweck im einzelnen. Offensichtlich sind diese Vorstöße in erster Linie für die Ernährung der Bevölkerung, im besonderen der Bergarbeiter, bestimmt, ein gewisser Betrag auch für die Kleidungsstoffe. Es wird Aufgabe des Kabinetts sein, sich über die Verwendung mit größerer Beschleunigung klar zu werden. Grundsätzlich kann festgestellt werden: Das Spaa-Abkommen gibt uns die Möglichkeit einer wesentlichen Erleichterung der Ernährung. (Bravo!) Nicht nur durch die Erleichterung des Einkaufs, sondern auch durch eine Senkung der Preise für die eingeführten Lebensmittel. Es wird ein einheitlicher Plan für die Ernährungswirtschaft des künftigen Jahres zurzeit ausgearbeitet. Er baut sich auf den eigenen Devisen auf, auf den Vorstößen und auf den 5 Mark Goldprämie der Entente. Wesentlich ist für uns, daß der Einkauf durch uns getätigt wird. Die Entente stellt uns die Vorstöße zur Verfügung; alles übrige ist unsere Sache. Mit Hilfe der Vorstöße werden wir nicht nur die Einfuhr von Lebensmitteln betreiben, sondern auch die werbende Einfuhr von Kalkphosphaten für die Düngung und von Futtermitteln für den Wiederaufbau unserer Viehbestände. Die notwendige Senkung der Lebensmittelpreise hat die Voraussetzung einer Senkung der Preise der Düngemittel und der Futtermittel.

Am Tage vor unserer Abreise in Spaa habe ich noch den Vorschlag unterbreitet, mit größter Beschleunigung eine Sonderkonferenz der Ernährungsminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Englands zu veranstalten, um Klarheit zu schaffen über die prinzipiellen Grundlagen der Vorstöße und über die Möglichkeit einer gemeinsamen Einkaufstätigkeit für die Zukunft. Hier laufen die Interessen der einzelnen Länder parallel. Ich habe den Eindruck, daß unsere Anregung bei den Engländern auf fruchtbaren Boden gefallen ist. (Beifall.)

Auf Antrag Wiffell werden dann die Verhandlungen vertagt, um den Gruppen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: Wahlen, Aussprache über die Regierungserklärungen. — Schluß 12 Uhr.

Spaa und die Lage im Osten

Zu diesem Thema, das jetzt im Brennpunkte des politischen Interesses steht, sprechen die Vertreter der U. S. P. zum Berliner Proletariat in

6 öffentlichen Volksversammlungen

am Dienstag, den 27. Juli, abends 7 Uhr

Bezirksverband U. S. P. Berlin-Brandenburg

Die Organisation der Betriebsräte

Der Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission

Die Berliner Gewerkschaftskommission nahm gestern abend in der Plenarversammlung den Bericht des Ausschusses über die Verhandlungen in der Betriebsrätefrage entgegen. Der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, Sabbath, betonte in seinem Bericht, daß sich der Ausschuss in vielstündiger Verhandlung nochmals eingehend mit allen schwebenden Streitfragen beschäftigt hat. Der Ausschuss schlägt jetzt vor, die mit der Betriebsrätezentrale Münzstraße beratene Vorlage anzunehmen. Die in den Industriegruppen zusammengefaßten Betriebsräte werden anerkannt, wenn sie eine gewerkschaftliche Schulung von einem Jahr haben. In der Frage der Finanzierung ist man sich dahingehend einig geworden, daß die Kosten von der Berliner Gewerkschaftskommission durch Umlagen von den beteiligten Gewerkschaften eingezogen werden. Die Festsetzung der Höhe der Kosten erfolgt durch die Gewerkschaften auf Grund eines Etats, welcher von der Betriebsrätezentrale aufzustellen ist. Die durch den Etat ausgeworfenen Gelder sind in Vierteljahresraten dem Kassierer der Zentrale im Voraus zu überweisen. Alle Zahlungen werden von der Betriebsrätezentrale geleistet. Die Generalversammlung der Betriebsräte und die Berliner Gewerkschaftskommission wählen zu gleicher Zeit eine Revisionskommission, welche vierteljährlich beiden Körperschaften über die Kassenerführung Bericht erstattet.

Zu der Organisationsform schlägt der Ausschuss gleichfalls die bekannte Vorlage mit einigen kleinen Abweichungen als Verhandlungsgrundlage vor. Nach Annahme dieser Richtlinien müssen die bestehenden Betriebsrätezentralen sofort aufgelöst werden. An deren Stelle wird eine provisorische Zentrale gebildet, und zwar sollen nach dem Vorschlag des Ausschusses die Gewerkschaftskommission drei, die Betriebsrätezentrale in der Münzstraße drei, die Betriebsrätezentrale in den Zelten (S. P. D.) einen, die Afa, Drisgruppe in Berlin einen und die R. P. D. ebenfalls einen Vertreter entsenden.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission ersucht um Annahme seines Beschlusses und erbittet gleichzeitig die Ermächtigung, die Verhandlungen mit der Betriebsrätezentrale Münzstraße auf der vorgeschlagenen Grundlage erneut aufzunehmen. Sabbath betont, wenn die Vertreter der Betriebsrätezentrale Münzstraße jetzt den guten Willen haben, dann ist die Einigung nicht mehr entgegen. Zum Schluß seiner Ausführungen teilt er mit, der Ausschuss bringe in Vorschlag, es soll daraufhin gearbeitet werden, daß sobald wie möglich ein Betriebsrätekongress für Deutschland einberufen wird. Dazu sei es aber notwendig, daß die örtliche Betriebsräteorganisation zusammenkommt, da diese die Delegierten zum Kongress zu wählen hätte.

In der Diskussion bedauert Rujsh (Metallarbeiter), daß diese Sitzung nicht bereits vor 14 Tagen stattgefunden habe, dann hätte die Einigung schon längst vollzogen werden können. Im übrigen empfiehlt er die einstimmige Annahme des Ausschussvorschlages. Rujsh (Angestelltenverband) erklärt, daß für die Afa keine Verantwortung vorliegt, sich mit der Betriebsrätezentrale Münzstraße zu einigen. Die Ersaffung der Betriebsräte sei alleinige Aufgabe der Gewerkschaften. Die Genossen aus der Münzstraße hätten kein Recht, sich in diesen rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten hineinzumischen. (Widerspruch.)

Stoll (Eisenbahner) bringt ein Schreiben der Betriebsrätezentrale Münzstraße an die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission zur Verlesung, in welchem die Wiederaufnahme der Einigungsverhandlungen vorgeschlagen wird.

Schumacher (Schneiderverband) und Polenzke (Staats- und Gemeindefacharbeiterverband) treten mit aller Entschiedenheit den Ausführungen Stolls entgegen und sprechen sich für den Vorschlag des Ausschusses aus. Hesse und Gries vom Zentralverband der Angestellten erklären für vier Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, daß sie sich nicht für den von der Afa eingenommenen Standpunkt erklären können, sondern für den Ausschussvorschlag stimmen werden.

Hierauf wurde ein eingebrachter Schlusspantrag angenommen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Einigungsvorschlages des Ausschusses der Gewerkschaftskommission gegen die Stimmen von Schmidt und Körpel vom Zentralverband der Angestellten.

Der Vorsitzende Sabbath teilte dann mit, daß sich die nächste Plenarversammlung mit der Neuwahl des Ausschusses beschäftigen müsse. Ratuschke (Freiwerge) machte bekannt, daß sich eine gemeinsame Genossenschaft für das Freiwergewerbe gebildet habe, die um die Unterstützung der Berliner Arbeiterschaft bitte. Es seien zwei Geschäftslokale und zwar in der Kulmstraße 3 und der Schreinerstraße 3, eingerichtet.

Kaspar (Buchbinderverband) verlangt, daß die Berliner Gewerkschaftskommission zu der Produktionsabotage der Unternehmer Stellung nehmen soll. Rujsh (Metallarbeiter) erklärt, daß sich der Ausschuss mit dieser Frage bereits beschäftigt habe. Die Berliner Gewerkschaftskommission wird nach vollzogener Einigung mit den Betriebsräten zu dieser Frage von neuem Stellung nehmen. Damit wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Anklage

Genosse Richard Müller hält es für zweckmäßig, im „Arbeiterrat“ folgenden Offenen Brief an die Redaktion der „Freiheit“, Berlin, zu richten:

Die Berliner Parteigenossen haben sich in ihrer letzten Versammlung fast einstimmig für eine selbständige Betriebsräteorganisation ausgesprochen, wie sie nach dem klaren Wortlaut unseres Aktionsprogramms gefordert werden muß. Dieser Beschluß hat zu Angriffen gegen die Vertreter der Betriebsräteorganisation wie auch gegen die Berliner Parteifunktionäre geführt. Die Berliner Parteifunktionäre durften wohl von der Redaktion ihres Blattes erwarten, daß sie zu dieser Frage Stellung nimmt, besonders auch zu den Angriffen gegen die Parteifunktionäre, die sich aus ihrem Beschluß ergaben. Das hat die Redaktion bis heute noch nicht für nötig befunden. Nach ihrer bisherigen Haltung scheint sie in der Rätefrage überhaupt keine eigene Meinung zu haben.

Muß dieses Verhalten der Redaktion der „Freiheit“ Bestanden erregen, so muß ihr weiteres Verhalten als skandalös bezeichnet werden. Ich habe den Beschluß der Berliner Parteifunktionäre in einem Artikel, den ich der „Freiheit“ zusandte, verteidigen wollen. Die Redaktion sagte zwar die Veröffentlichung zu, läßt den Artikel aber liegen, eine Methode, die ich als hinterhältig bezeichnen muß, die aber nicht das erste Mal gegen die Vertreter der Betriebsrätezentrale beliebt wird.

Die Redaktion der „Freiheit“ sabotiert jedoch nicht nur den Beschluß der Berliner Parteifunktionäre, sondern erschwert durch ihr Verhalten auch die Einigung zwischen der Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale. Der Redaktion muß bekannt sein, daß heute der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission und morgen die Gewerkschaftskommission selbst zu diesen Fragen Stellung nimmt und zweifellos auch eine Entscheidung fällen werden. Bis jetzt hat die „Freiheit“-Redaktion alles getan, um die Öffentlichkeit, und damit die Mitglieder der Gewerkschaftskommission, im Sinne einer Annäherung an den Gewerkschaftsbund zu beeinflussen. Sie hat zwar nicht direkt in diesem Sinne geschrieben. Indem sie jedoch allen Zuschriften und Notizen, die für die Annäherung an den Gewerkschaftsbund sprachen, Raum gab, dagegen den Artikel, der den Beschluß der Berliner Parteifunktionäre rechtfertigte, einfach liegen läßt, und sie selbst keine Stellung zu den Fragen nimmt, wirkt sie in diesem Sinne.

Ein weiteres unerhörtes Verhalten legt die Redaktion der „Freiheit“ an den Tag, indem sie Gegnern der Betriebsrätezentrale in der „Freiheit“ gestattet, öffentliche Anfragen an mich zu richten, meine Antwort aber tagelang liegen läßt, was den Anschein erwecken muß, als könnte ich auf diese Anfragen keine Antwort finden. Dieses Verhalten könnte man bei politischen Gegnern begreifen, nicht aber begreifen können kann man es bei Parteigenossen, denen die Leitung des Parteiorgans anvertraut worden ist.

Seit Wochen beobachten wir das Verhalten der Redaktion der „Freiheit“. Sie hat systematisch gegen die Zentrale der Betriebsräte gearbeitet. Ich sehe mich genötigt, das Material der Pressekommision zu übermitteln, halte es aber für meine Pflicht, durch diesen öffentlichen Brief die Berliner Parteigenossen schon jetzt auf das Verhalten der Redaktion aufmerksam zu machen.

Der Brief ist vom 21. Juli datiert. Da aus der Genosse Müller kein Schreiben schon am gleichen Tage in Abschrift zugehen ließ, sind wir in der Lage, den Brief schon vor der Veröffentlichung im „Arbeiterrat“ abzurufen, um dazu folgendes zu erklären:

Müller findet es befremdlich, daß die Redaktion nie ihre Meinung über die Rätefrage ausgesprochen habe. Wir gestatten uns, in aller Bescheidenheit an einige Artikel zu erinnern, in denen wir — vor längerer Zeit — das Problem ausführlich zu erörtern suchten, allerdings ohne die Darstellung auf den Vorschlag oder die Empfehlung einer bestimmten Organisationsform zuzuspitzen. Wir legten lediglich Wert darauf, mit unseren einfachen Kräften zur Herbeiführung und Darstellung der Unterlagen für die Beurteilung der Frage beizutragen. Diese Methode hielten wir umso eher für angebracht, als bald nach den Betriebsrätewahlen und nach der politischen Bewegung im März und April Verhandlungen zwischen Gewerkschaftskommission und Betriebsrätezentrale über die Form der Organisation der Be-

triebsräte einsetzten. Diesen Verhandlungen glaubten wir am besten zu dienen, indem wir mehrfach den beteiligten Genossen von beiden Seiten mit völlig gleichen Rechten das Wort in unseren Spalten gaben. Zu unserem Erstaunen erfahren wir jetzt, daß Müller darin eine Sabotierung der Verhandlungen erblickt.

Des gleichen „skandalösen“ Verhaltens föhnen wir uns schuldig gemacht haben, indem wir einen Artikel des Genossen Müller über die Rätefrage erst zwei Tage nach seinem Eingang zum Abdruck brachten. Wir gestatten uns den Einwand, daß am Dienstag ein Artikel des Genossen Ledebour über das gleiche Thema bei uns erschien, dessen Aufnahme dem Verfasser bereits zugesagt war, bevor der Artikel Müllers in unsere Hände gelangte. So blieb nichts anderes übrig, als den Abdruck der Arbeit des Genossen Müller bis zum nächsten Tage zu verschleppen. Die meisten unserer Mitarbeiter wären froh, wenn sie nicht länger zu warten bräuchten.

Genosse Müller aber folgert daraus, daß wir ein unerhörtes, hinterhältiges und skandalöses Verhalten an den Tag legen, daß wir die Verhandlungen sabotieren, daß wir alles tun, um die Mitglieder der Gewerkschaftskommission im Sinne einer Annäherung an den Gewerkschaftsbund zu beeinflussen — ohne indes „direkt in diesem Sinne geschrieben“ zu haben —, daß wir „systematisch gegen die Zentrale der Betriebsräte arbeiten“ — usw. Wie müssen gestehen, daß uns diese Rühmbild der Folgerung verblüfft. Ebenso in Erstaunen setzt uns Müllers Entrüstung darüber, daß wir es einem Genossen „gestattet“ haben, öffentliche Anfragen an Müller zu richten. Ist Müller ein Papst oder ein Heiliger, daß sich ihm niemand mit einer öffentlichen Anfrage nähern darf, und daß schon der des Freigeistes teilhaftig wird, der dem Päpster Beihilfe dazu leistet? —

Der angekündigten Anklage vor der Pressekommision sehen wir entgegen.

Die Bergarbeiter gegen den Steuerabzug

D. H. Barmen, 22. Juli.

In einer von den freien Gewerkschaften veranstalteten Kundgebung, an der über 10 000 Personen teilnahmen, erhoben die Bergarbeiter Einspruch gegen den Lohnabzug, die zu hohen Lebensmittelpreise und den 10prozentigen Steuerabzug vom Lohn. Es wurde eine Entschiedenheit gefaßt, in der von der Reichsregierung umfassende sofortige Maßnahmen zur Verbilligung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel gefordert werden. Ein Antrag, bei ablehnender Haltung der Reichsregierung in den Streik zu treten, wurde abgelehnt. In Elberfeld fanden ähnliche Kundgebungen statt.

Pension und Kriegszeit

Beschluß des Reichsrats

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom Donnerstag nachmittag, die unter Vorsitz des Justizministers Helbig stattfand, wurde ein Gesetzesentwurf angenommen, wonach auch den Beamten die während des Krieges zurückgelegte Dienstzeit erhöht angerechnet wird. Bei der Pensionierung wird ihnen nicht das doppelte angerechnet, wie den Militärpersonen, die an der Front gestanden haben, sondern nur das anderthalbfache. Die Vorlage war bereits am 20. Mai v. J. von dem damaligen Staatsauschuss angenommen worden, dann aber in der Nationalversammlung liegen geblieben. — Weiterhin wurde eine Bestimmung angenommen, wonach künftig das Reifezeugnis als Vorbildungsnachweis für die Apothekerausbildung festgesetzt wird. — Die weiteren Beschlüsse des Reichsrats waren nur von örtlichem Interesse.

Soeben ist erschienen: Das Reichseinkommensteuergesetz Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager 56 Seiten Preis 4 M. Zum Gebrauch für Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende Sofortige Bestellung erbittet Verlagsgenossenschaft Freiheit e. G. m. b. H. Abteilung Buchhandlung Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Die schwere Stunde

Roman von Victor Panin

Immer öfter wiederhole ich: „Das ist ja unmöglich, das kann ja nicht sein, wie kommt es denn? Es ist ja keine, noch so unbegrenzt reiche Phantastik, sondern etwas Fürchterliches auszubedenken! Zu welcher tierischen Grausamkeit sind die Menschen doch fähig! Einen Jungen, gesunden, schönen Menschen so zu verurteilen... Hätten sie ihn doch lieber gelötet; die Frau hätte um ihn getrauert, hätte aber doch in der Seele eine zärtliche Liebe zu ihm bewahrt, während sie ihn jetzt gleichzeitig liebt, haßt und sich vor ihm fürchtet... und was wiegt wohl vor?... Es ist wahr, daß ich auf dem Schlachtfelde noch schrecklicher verunstaltete Leichen gesehen habe, aber dort, wo einzig der Tod herrscht, wo der Schrecken in der Seele alle andern Gefühle zum Schweigen bringt, dort sieht man nicht, wie alles dies auf die lebenden Menschen wirkt. Jetzt aber, wo der Widerhall des Krieges von den Schlachtfeldern ins Leben dringt, zwingt er die Nächsten und Verwandten, sich in entsetzlichen Qualen zu winden. Und wofür alles dies? Das kann ich nicht begreifen. Ihr Menschen, du schweisamer Himmel, hat euch meine Schwester etwas Böses getan? Ihr schweiget? Ich schwöre euch auf mein Gewissen, daß es nicht geschah. Wofür dann aber? Oder sollte alles dies bloß eine Sinnlosigkeit, ein Truggebilde sein? Es gibt also weder eine Krise, noch Leben, noch meine Schwester, noch den verunstalteten Menschenstummel. Alles das ist also Null, Staub, Nichts... Aber dann gibt es ja auch kein Leben, und alles ist doch ein trügerischer Schein?... Der Boden schwankt unter meinen Füßen... Wie ein Ertrinkender blide ich umher, sehe aber nicht den geringsten Strohhalme, an den ich mich klammern könnte.

Den 25. September. Vor dem Kriege lebte ich in großer Freundschaft mit Kjuska. Oft wiederholte meine Frau im Scherz, aber doch mit einer Spur von innerer Eifersucht:

„Was versteht ihr euch immer in die Ecken und flüstert da wie Verliebte?“

Wir vertrösten uns wahrhaftig in die Ecken. Des Abends, wenn Kjuska ihre Schulaufgaben beendet hatte, und das Dämmerlicht auf die Erde herabzusinken begann, wenn es in den Zimmern allmählich schummrig wurde, dann öffnete sie leicht die Türe meines Kabinetts und trat leise, auf den Zehenspitzen, an meinen Schreibtisch.

Das war unsere liebste Dämmerstunde. Auf der Schwelle der eintretenden Nacht ist die Seele von Trauer erfüllt, und dann träumt es sich so sehnsüchtig. Gedanken und Gefühle schweben in der Dämmerung, von etwas träumend, sehnsüchtig noch etwas suchend, ohne zu wissen, was es ist...

Sie setzt sich auf meine Knie, umfaßt meinen Hals mit beiden Händen, und flüstert mir verliebt ins Ohr, als fürchtete sie, daß sie jemand hören könnte: „Papachen, mein Liebster, weicht du wohl, wie ich dich liebe?“ Und leise, nur für mich bestimmt, erzählt sie mir ihre Tageseindrücke.

„Und jetzt weiter, Papachen, du Güter.“ — Das bedeutet, ich sollte mit jener Märchenerzählung fortfahren, die ich schon vor einigen Jahren begonnen habe, und von der kein Ende abzusehen ist.

Es ist kein echtes Märchen, es ist auch keine richtige Erzählung. Die Gewohnheit, ewig zu phantastieren, kommt mir auch hier zu Hilfe; je nach Laune, ohne mir selbst darüber Rechenschaft zu geben, erhebe ich mein Rädel auf den Flügeln der Phantasie immer höher und höher... wir schweben hoch unter den Wolken, die Erde, das graue Leben vergehend... Dori ist Sonne, weiter Raum, unendliche Gewässer der Ozeane und Meere, hohe schneeweiße Berggipfel, ulerlose Wälder... Neue Flügelschläge und immer weiter und weiter...

Ab und zu steigen wir herab, dann führe ich mein Töchterchen auf der Erde umher; eine Tür nach der andern öffnet sich und ich zeige ihr das ganze Menschenleben. Sinnlos krabbeln die Menschen da umher, hören einander. Von einem unbewußten Drang ergriffen, opfern sie ihr Leben für andere, dann wieder von einem unbegreiflichen Haß gepackt, paden sie einander an der Kehle, und zerfleischen sich grimmig, stimmen sie vor Hunger bald ein fürchterliches, tierisches Gedrüll an.

Nur selten hören wir ein Lachen, noch seltener sehen wir freudige, zufriedene Gesichter, überall Kummer, Tränen, endloses Schluchzen... Manches Mal aber werfen sich die Menschen zu Boden, wühlen die Erde in unerträglich Qualen auf, versuchen das Leben grimmig und erwarten den Tod, wie eine segensreiche Gabe, aber der Tod kommt nicht...

Weshalb führte ich mein Töchterchen während der Abenddämmerung in diesem finsternen Winkel des Lebens? Ich weiß es selber nicht, vielleicht waren es die Zauber der sich verdichtenden Dunkelheit...

Ich fühlte immer, wie der kleine Körper zusammenzuckte, wie die Hände meinen Hals fester umfingen, wie sie sich dichter an meine Brust schmiegte, als suchte sie Schutz vor diesem sinnlosen Treiben des Lebens... Auf meiner Wange, die sie an ihre Wange schmiegte, rollten ab und zu große Tropfen ihrer Kindertränen herab, heiß über meine Haut.

Jetzt gehört aber alles dies schon der „Vergangenheit“ an. Nach meiner Rückkehr kann ich nicht verstehen, was mit Kjuska geschehen ist? Auf alte Art liebte sie mich, umarmt sie mich fest, ich küßte aber, daß die frühere Freundschaft nicht mehr vorhanden ist. Sie ist mir entfremdet, es scheint mir, als fürchte sie sich, mit mir allein zu bleiben. Wenn ich ihr die allerzartesten Andeutungen hierüber mache, so wird sie verlegen und sagt:

„Ach, Papachen, wie bist du komisch, es gibt ja jetzt so viel zu tun im Leben!“ und dabei versucht sie, sofort mir zu entweichen.

Die Worte „viel zu tun im Leben“, kommen mir in ihrem Munde merkwürdig vor. Nicht, daß es mir unbegreiflich wäre, daß sie schon herangewachsen ist, daß sie fast eine Frau ist, daß sie gewiß ihren jugendlichen Drang, ihre eigenen Träume hat; aber ich verstehe nicht, weshalb zwischen uns diese Schranke entsteht, weshalb sich in unser Verhältnis etwas trübe Verchwiegernes einschleicht? Sollte sie sich in diesen fünf Jahren so ganz meiner entwöhnt haben, mit gänzlich entfremdet sein?

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Streik in den Lebensmittelgeschäften

Nicht nur die Angestellten der größeren Geschäfte, sondern auch ein Teil von den kleineren Geschäften sind gestern in den Streik getreten. Ein Teil von den Arbeitgebern sieht ein, daß die Forderungen der Angestellten berechtigt sind und haben sie bewilligt. Die Stimmung der Streikenden ist vorzüglich. Ein großer Prozentsatz von Arbeitgebern hält sich in Badeorten auf, weshalb von ihnen keine Nachricht zu erhalten ist und bevollmächtigte Vertreter nicht vorhanden sind. Hausfrauen! Achtet darauf, daß Euer Kaufmann ein Bewilligungsplakat im Schaufenster zu hängen hat. Nur bei diesen Firmeninhabern deckt Euren Bedarf, denn wir nehmen an, daß auch Ihr ein Interesse daran habt, daß diese schlechtbezahlteste Kategorie von Angestellten endlich einmal bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erhält. Das Zentralstreikbureau befindet sich in den Sophien-Eilen, Sophienstraße 17/18.

Zu dem gestrigen Bericht ersucht uns Herr Dr. Otto mitzuteilen, daß er im Auftrage der Firma Tamashke und in seiner Eigenschaft als Vertreter und tariflicher Sachverständiger des Reichsverbandes deutscher Feinloft-Kaufleute mit den Angestellten dieser Firma verhandelt habe, und daß er die Angestellten auf die Möglichkeit hingewiesen habe, daß die Arbeitgeber sich veranlaßt sehen könnten, die Angestellten wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung freilich zu entlassen, gemäß § 72 H.-G.-B.

Besser wird die Situation für Herrn Otto durch diese Nichtstellung keineswegs.

Gegen das Beamtenrätegesetz

Am 20. d. M. fand eine Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten statt, die zu dem Erlaß des Reichspostministeriums über die Bildung von Beamtenausschüssen Stellung nahm. Nach Referat und erregter Aussprache wurde folgende Resolution beschlossen:

Die versammelten Vertreter der im Reichsverbande deutscher Post- und Telegraphenbeamten im Bezirke Berlin organisierten nahezu 2000 Mitglieder erheben den schärfsten Protest gegen die Verordnung zum Beamtenrätegesetz und fordern deren sofortige Zurückziehung.

Die Versammlung befandet, daß im Wege der Verordnung der Beamtenschaft der Klassen 2-4 und Diätaren an den ihr gestellten Aufgaben mitzuarbeiten, unmöglich ist, da die Verordnung jeglicher demokratischer Grundlage und eines Rechtsstandpunktes entbehrt. Es wird hierbei nur auf das dreiklassige Wahlrecht hingewiesen.

Die Versammlung erklärt ferner, daß die Vertreter der Beamtenenschaft der Klassen 2-4 und Diätare im allgemeinen Interesse die Parole zur Wahlenthaltung ausgehen werden; um der Beamtenenschaft aber nicht jede Vertretung zu nehmen, erklären die jetzigen Orts- und Ausschusmitglieder, auf ihrem Posten solange zu verbleiben, bis ein Beamtenrätegesetz vorliegt, in dem den Beamtenräten auch das volle Mitbestimmungsrecht eingeräumt worden ist.

Geschlichtete Schlichtungsverhandlungen im Versicherungsgewerbe

Zu der vom W. T. B. in den heutigen Morgenblättern veröffentlichten Notiz erklären die Schlichtungsorganisationen, daß die Ablehnung des Schiedsgerichtsverfahrens keinesfalls ihre Ursache in dem veränderten Beschluß des Schiedsgerichts hat. Sie erfolgte vielmehr lediglich deshalb, weil Herr Dr. Roth, Vorsitzender des Schiedsgerichts, bevor dasselbe sich zur Sache, sich selber als Schlichter der Ortsklasseneinteilung der Banken bekannte. Zu den Anträgen der Angestelltenorganisationen, welche sich gegen die Einteilung als solche richteten, bemerkt Herr Dr. Roth, die besonderen Verhältnisse der neutralen Zone des besetzten Gebietes und der Abstimmsgebiete seien in der Ortsklasseneinteilung der Banken berücksichtigt worden. Dr. Roth ist also zweifelsohne als Vater dieser Ortsklasseneinteilung in diesem Falle Partei und kann unmöglich über seine eigenen Ermahnisse zu Gericht sitzen.

35 Jahre gewerkschaftliche Arbeit

Am 18. September kann die Zahlstelle Berlin des Verbandes der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands auf eine 35jährige gewerkschaftliche Arbeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß hat die Zahlstelle in gedrängter Kürze eine Festschrift herausgegeben, die über die Entwicklung der Zahlstelle, ihre verschiedenen Kämpfe und Krisen schildert. Besonders Erwähnung verdient die Tatsache, daß es die Berliner Böttcher waren, die als eine der ersten im Jahre 1894 den 1. Mai feierten. Als die Brauereigewerkschaften deshalb zu Aussparungen von Arbeitern übergingen, war die Folge des Eintretens für den 1. Mai seitens der Böttcher der große Brauereiarbeiter-Austritt und die Böttcher hatten, der offiziell bis zum 28. Dezember 1894 die Anknüpfung des Jubiläums findet kommenden Sonnabend, den 18. September, in der Vahow-Brauerei das 35. Stiftungsfest der Zahlstelle statt. Dem Feste, für das ein reichhaltiges Programm vorgesehen ist, wünschen wir einen harmonischen Verlauf, und von der Organisation hoffen wir, daß sie genau wie 1894 in den ersten Kämpferreihen des Proletariats ihren Mann stellt.

Die Ausbeuter in der Abzählungsbranche!

Die Unternehmer in der Abzählungsbranche hatten sich seinerzeit mit den Holz- und Möbel-Industriellen zusammengelassen und einen Tarif mit den Arbeitnehmerorganisationen getätigt. Während aber die Holz- und Möbel-Industriellen nach Festlegung der Gehälter im Dezember 1919 sich zur Zahlung einer Teuerungszulage verstanden, ist solches bei den Unternehmern der Kredithäuser bis heute noch nicht geschehen. So ist es Tatsache, daß in dieser Branche als Grundgehalt einem Expedienten oder Prozedurist 625 Mark monatlich gezahlt werden. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß in solcher Position eine große Branchenkenntnis und eine gewisse Routine verlangt wird. Es sind daher meist ältere Leute, die verheiratet sind. Die Gehälter der anderen Angestellten gehen bis auf 200 Mark herunter. Wie es die Angestellten fertig bringen, mit solchen Hungergehältern zu leben, ist ein Rätsel.

Die Arbeitgeber haben nach dem Vorbild der Scharfmacher in der Holz- und Möbel-Industrie den Schiedspruch, welcher ihren Angestellten eine 60prozentige Gehaltserhöhung bringen sollte, abgelehnt; sie haben dann vor dem Demobilisierungskommissar das Klagegeld ihrer wirtschaftlichen Notlage in höchsten Tönen geäußert und sie sind dabei erhöht worden.

Dem Erluchen der Arbeitnehmer, die angeblich wirtschaftliche Notlage der Arbeitgeber durch behördliche Nachprüfung der Geschäftsbücher bei einzelnen Firmen unter Hinzuziehung sach- und brandeskundiger Angestellten festzustellen, ist nicht stattgegeben worden. Trotzdem aber hat der Demobilisierungskommissar die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches abgelehnt.

Die Angestellten haben daher das Vertrauen zu dieser Instanz verloren, welche die Notlage der wirtschaftlich Schwächeren gänzlich außer acht gelassen hat. Sie haben erkannt, daß ihre Arbeitgeber nicht nur aus der wirtschaftlichen Notlage der Konsumenten ihre ungeheuren Gewinne ziehen, sondern auch aus der ihrigen und sie werden nunmehr geschlossen den Weg gehen, der zur Erzielung ihrer Existenzbedingungen notwendig ist.

Groß-Berlin

„Luftbarkeitssteuer“

Wenn am Sonntag die Sonne lacht, dann halten es ungezählte Tausende von Proletariern in ihren „hof“fähigen Wohnungen, mit Brandmauern als Aussicht, üblen Gerüchen der Hölle und Müllkästen als Zugabe, nicht mehr aus. Der Knacksaft wird gepakt, Mutter sorgt für das Leibliche Wohl, mit Kind und Kegel wird dann zur Stadtbahn getrotzt. Von den vielen Schaltern ist gewöhnlich nur einer offen und in langer Reihe wird nach Fahrarten angestanden. Errungenheit des Krieges. Das Publikum läßt sich ja alles gefallen und wir haben ja keine Arbeitslosen. Hat man sich im doppelten Sinne des Wortes eine Fahrkarte erstanden, dann hinein in die vollen Wagen. Kostenloses Schwibbad! Kleine Kinder bringt man, damit sie nicht erdrückt werden, im Gepäck unter. Na, die Tortur in dritter Güte erreicht ja auch ihr Ende, dann geht es schwergepackt zu einem der idyllischen kleinen Seen, an denen unsere Mark überreich ist.

Nun wird ein Lagerplatz ausgejacht und ein Zelt aufgeschlagen. Alt und jung, klein und groß, tummelt sich am Strande, Mutter schält neue italienische Kartoffeln aus Pommern, Vater und die Kleinen suchen trockenes Holz, dann wird „gegrizelt“. Und wie das schmeckt. Der Berliner hat einen besonderen Ausdruck dafür. Und das Strandleben! Die Lunge weitet sich ordentlich, alle fühlen sich so recht mollig.

Doch das Unglück schreitet schnell! Der Herr Förster kommt mit strenger Amtsmiene und fragt nach Zeltseinen, die zwischen 50 Pf. und 3 M. kosten. Wer keinen hat, der muß „abbauen“. Fühlt die in grünes Tuch eingewickelte Amtsperson nicht, daß sie nach Licht und Luft dürstenden armen Leuten den ganzen Sonntag verdirbt, auf den sich die ganze Familie seit Tagen freute? Doch es kommt noch schöner! Ein Mann, der sich erkundigte, wo er einen solchen Zeltseinen erstehen könnte, dem wurde zur Antwort, er müsse Mitglied des „Markischen Touristenbundes“ werden, also einer bürgerlichen Organisation beitreten.

Wenn es schon unerhört ist, daß armen Leuten, um solche handelt es sich doch nur — denn Kriegsgewinnler und Revolutionsschieber mit Verbindung nach oben fahren wo anders hin — Geld für Ausschlagen eines Zeltes abgenommen wird, so muß der Anflug, daß sich Behörden als Zutreiber für bürgerliche Vereine ausspielen, aufs schärfste bekämpft werden.

Was geschieht eigentlich mit dem Gelde? Es gibt jetzt aber ein Groß-Berlin. Die wanderlustige und naturfreundliche Arbeiterschaft hofft, daß die Stadtväter dafür sorgen, daß sie von dieser sonderbaren „Luftbarkeitssteuer“ befreit wird.

Die neuen Margarinepreise

Die Margarinefabrikanten triumphieren ob des Eintreffens der Zwangswirtschaft. Vorläufig aber sind sie auch noch gefesselt. Sie müssen sich einem Margarineverband anschließen, dem einzig und allein die Rohstoffe geliefert werden. Diese Rohstoffe sollen nur bis zu einem gewissen Grade zur Ausgabe gelangen, um eine etwas bessere Ware herzustellen zu können als bisher. Die Einfuhr ausländischer Margarine wird vorläufig unterbunden, bis der größte Teil der im Inland vorhandenen Rohstoffe verarbeitet sein wird. Dann werden die Fabriken wieder ihre Marken herstellen und zum Verkauf bringen. Wie berichtet wird, soll die Margarine, die vom 1. August im freien Handel zu haben ist, zum Preise von 11,50 Mark an den Konsumenten verkauft werden. Fachzeitschriften des Margarinehandels halten diesen Preis noch für zu hoch und befürworten einen weiteren Preisnachlaß.

Dieser Preis wird auch auf den Schmalzpreis einen Einfluß ausüben. Unter der Hand wird Schmalz für 22 und 23 Mark verkauft, während die Feinstkiste 20 Mark nimmt, aber beabsichtigt, den Preis in Kürze herabzusetzen.

Die plötzliche Freigabe des Schmalzes hat in den Kreisen der Angestellten eine große Beunruhigung hervorgerufen, da ihre Existenz auf dem Spiele steht.

Korruption im Jugendamt

Aus dem städtischen Jugendamt, das mit großen Hoffnungen eingerichtet worden ist, kommt eine recht betrübliche Nachricht. Schon länger wurde gemunkelt und getuschelt, daß da manches faul sei im Staate Dänemark, nie konnte aber fest zugegriffen werden. Jetzt ist der Stein ins Rollen gekommen. Berliner Knaben, die vom städtischen Jugendamt nach Bremer und anderen Orten zur Kräftigung ihrer Gesundheit geschickt worden waren, hatten sich über mangelhafte Verpflegung u. a. beschwert. Die städtische Verwaltung hatte sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet, die leider die Richtigkeit der Klagen über Beförderung usw. ergab. Der Inspektor des Jugendamtes, dem schwere Verfehlung zur Last gelegt wurde, ist sofort vom Amte suspendiert worden. Die Untersuchung ist dann auf andere Personen wegen Verschlebung von Nahrungsmitteln ausgedehnt worden. Dem Inspektor — Ebert ist sein Name — wird nachgesagt, daß er große Mengen an Wachsenmilch mit Verwandten verschoben hat, die für die Kinder bestimmt waren. Den Kindern ist diese Zuzugung entzogen worden. Herr Ebert führte im Jugendamt ein strenges Regiment und tat sich als Kleinbergher auf. Es wird notwendig sein, festzustellen, ob unter den Angestellten im Jugendamt nicht starke verwandtschaftliche Verhältnisse eine Rolle spielen. — Eine andere Nachricht kommt vom Spielplatz in der Wahlstraße. Eine Anzahl älterer Knaben haben unabhängig von einander mitgeteilt, daß ein auf dem Plage tätiger Hilfslehrer S. die Kinder mit einem Stod geschlagen und sich auch sonst in einer Weise an den Knaben vergangen hat, die stark auf sadistische Reizung schließen lassen. Es muß auffallen, daß den übrigen Spielleitern und dem Oberleiter diese Dinge verborgen geblieben sind. Jetzt, nachdem eine bedachte Frau in Gegenwart des Oberleiters eine Untersuchung angestellt hatte, in der sich die traurige Tatsache bestätigte, ist der Mann dispensiert. Das dürfte nicht genügen. Der Mann kann in seiner Schule noch großes Unheil anrichten und gehört nicht in die Schule.

3. Berliner Wahlkreis

11., 13., 16., 17. u. 18. Distrikt.

Montag, den 26. Juli, abends 6 1/2 Uhr, Schulhaus Müller, Ecke Triftstraße. Konferenz aller Stadt- und Bezirksverordneten sowie deren Ersatzleute und sämtlicher Distriktsvorstände des 3. Wahlkreises. Tagesordnung: 1. Allgemeine Aussprache über kommunale sozialistische Politik. 2. Konstituierung der unabhängigen Kreis-Fraktion. 3. Allgemeines.

Sitzung des Aufsichtsrates der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ G. m. b. H.: Am Freitag, den 23. Juli, nachm. 6 Uhr, Breite Straße 8/9.

Die Zulassung der Einfuhr ausländischer Frühkartoffeln ist, wie wir berichtet haben, bis zum 31. Juli verlängert worden. Dadurch wird der jetzige unhaltbare Zustand des Nebeneinanderbestehens des Verkaufes ausländischer und inländischer Kartoffeln noch weiter verlängert und das Publikum auch fernerhin der Bewucherung ausgesetzt. Immer wieder werden Händler dem Publikum inländische Kartoffeln als ausländische verkauft und die Käufer zu überhöhten Preisen. Und Händler, die wirklich ausländische Kartoffeln haben, kommen in den Verdacht, Betrug zu verüben. Der freie Handel läßt das eben zu.

Das tägliche Milchquantum. Seit dem 22. d. M. wird bis auf weiteres verabfolgt auf die A-Karten 1 Liter, auf die B-Karten 1 Liter, B1-Karten 1/2 Liter, B2-Karten 1/2 Liter Milch. Die übrige Lieferung bleibt unverändert.

Waffenlager und Waffenschiedungen. Daß die Einwohnerwehr noch über Waffen verfügt, ja sogar ganze Waffenlager versteckt hält, das brauchen wir unseren Lesern nicht zu erzählen. Die Spaken pfeifen es ja schon von den Dächern. Auch Reichswehrsoldaten haben im Interesse der Erhöhung ihres Etats Geschma an Waffenschiedungen gefunden. Es erscheint als zweckmäßig, daß Personen, denen Waffenlager bekannt werden oder Waffenschiedungen auf die Spur kommen, dies der Erfassungsabteilung des Reichswehrministeriums, Berlin, Leipziger Platz 13, zur Anzeige bringen. Den Einfindern solcher Anzeigen wird eine Belohnung von 10 Prozent des beschlagnahmten Wertes gezahlt. Wir bitten bei Anzeigerstattung um jener Redaktion einen kurzen Bericht zu übermitteln. Hoffentlich gelingt es auch recht bald, die von Großgrundbesitzern und Bauern versteckt gehaltenen Waffen ausfindig zu machen und deren Beschlagnahme zu veranlassen.

Raubmord an einer Greisin. Ein neues Kapitalverbrechen rief die Nordkommission der Berliner Kriminalpolizei gestern nach dem Grundstück Köpenicker Straße 102. Dort wurde die am 3. März 1849 geb. Witwe Thielemann in ihrer im ersten Stock des Quergebäudes belegenen Wohnung ermordet aufgefunden. Der Täter ist flüchtig. Dieser, wahrscheinlich der Schlafburche der alten Frau, wird von der Kriminalpolizei eifrig gesucht. Der Schlafburche hatte der Greisin verschiedene Wertgegenstände und sogar einige alte Möbelstücke gestohlen. Als die Frau den Diebstahl bei der Schlafwache zur Anzeige brachte, zog es der Schlafburche vor, die Wohnung heimlich zu verlassen. Seit einigen Tagen hat er sich nicht wieder sehen lassen. Als heute vormittag eine Tochter der Greisin, eine Frau Ahlgrim aus der Pappelallee 76, die Mutter besuchen wollte, fand sie die Tür verschlossen, und als sie auch auf Klopfen keinen Einlass fand, stieg ihr gleich der Verdacht auf, daß der greisen Mutter etwas zugefallen sein müsse. Ein Schloffer kletterte mit einer Leiter in die Wohnung, und jetzt fand er die Greisin tot auf dem Sofa liegen. Sie hatte an der linken Kopfsseite eine klaffende Wunde und außerdem ein Handtuch fest um den Hals geschlungen. Nach dieser Entdeckung wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt, von der die Nordkommission, Kriminalkommissar Werneburg und Kriminaloberwachmeister Seinemeyer, alsbald am Tatort erschienen. Die Nachforschungen ergaben, daß der Täter wahrscheinlich der frühere Schlafburche der Ermordeten ist. Soweit sich feststellen ließ, in dieser in der vergangenen Nacht wieder in der Wohnung erschienen, hatte seine alte Vermieterin umgebracht und dann u. a. die Ringe von den Fingern gestreift.

Wahlung Tumultgeschädigte. Nachdem das Tumultgeschädigengesetz durch den Reichstag angenommen und inzwischen in Kraft getreten ist, sind alle bisherigen Klagen hinsichtlich geworden und müssen die Ansprüche erneut angemeldet werden. Die Frist läuft am 12. August ab, es ist danach notwendig, schnellstens die Schiedsamt-Tumultbureau des Berliner Magistrats, Kaiser Wilhelmstraße 12 anzumelden. Dieses Bureau ist mit der Entgegennahme dieser Anmeldungen beauftragt, da der sonst unzulässige Ausschluß für Berlin noch immer nicht gebildet ist.

Das Berliner Philharmonische Orchester wird unter seinem Dirigenten Arthur Nikisch noch in diesem Winter oder spätestens im nächsten Frühjahr eine Anzahl Konzerte in C n g l a n d veranstalten. Die Anregung ist von England ausgegangen.

Aus den Organisationen

18. Distrikt. Genossen, deren Kinder an dem Ausflug am nächsten Donnerstag teilnehmen, müssen dieselben bis spätestens Sonnabend bei ihrem Bezirksführer anmelden.

17. Distrikt. Freitag, 23. Juli, 7 Uhr, Lokal Rennow, Weißer Str. 40, Verhandlung. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Verbandskalender

Republikanischer Arbeiterbund, Bezirk 18 (Schöneberg). Versammlung am 24. 7. Uhr, Schöneberg, Hauptstraße 13, Lokal. — Bezirk 19 und 14 (Charlottenburg-Wedding). Versammlung am 24. 7. 8 Uhr, Wilmersdorfer Straße 36, Ecke Seitensteiner Straße, Lokal.

Internationaler Bund der Arbeiter. (Ortsgruppe Antischerb-Friedrichshagen) Generalsammlung, Freitag, den 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Gymnasiums.

Arbeiterverband der Schuhmacher. Freitag, abends 5 Uhr, „Markthof“, Hauptstraße 18, müssen sämtliche Betriebsräte zur Stelle sein.

Deutscher Kreuzfahrerverband (Chemische Branche). Montag, 7 Uhr, im Königshof-Koln, Hauptstraße 72. Sitzung sämtlicher Funktionäre aller Ortsgruppen. Mitgliedsbuch und Funktionärkarte legitimiert. — Mittwoch, den 23. Juli, 7 Uhr, im Königshof-Koln, Hauptstraße 72, große Branchensammlung. Tagesordnung: Vortrag über unsere Lohnbewegungen und die allgemeine wirtschaftliche Lage. Mitgliedsbuch legitimiert. — Wählbereich 6. Alle Kollegen-Vertrauensleute, werden zu einer Sitzung am Sonnabend, 7 Uhr, im Lokal von Herber, Reichstraße 15, eingeladen. Bericht über das Betriebsvergehen der Unternehmern auf unseren Tarifstreik.

Arbeiter-Ältern-Bund. (Gruppe Köpenick) Um die Kinder von den Kammern abzuholen, findet am Sonnabend ein großes Kinderfest im Kindergarten Edenstraße 11, Köpenick, 2 Uhr; die Kassenkasse 3 Uhr. Bitte 2 M. Reichsbanknoten in Begleitung der Eltern mitbringen.

Arbeiter-Wandererzettel „Berlin“. Vereinsgründungsfortschritt zum 1. August bei Ebert. 1. Friseurverein-Sprechabend-Sitzung. 23. Sonnabend, 7 1/2 Uhr, im Lokal von Herber, Reichstraße 15, nach Reichshof (oben). 2. Hauptversammlung-Sitzung. 23. Sonntag früh, 10 Uhr, im Lokal von Herber, Reichstraße 15, nach Reichshof (oben). Nächste Obergruppenversammlung am 15. August.

Arbeiter-Sportvereine. Die Veranstaltung in Wilmersdorf-Schönfeld, Wilmersdorf, findet erst am Sonnabend, den 21. Juli, statt.

Lebensmittelkalendar

Berlin. Ab heute bis auf weiteres auf die A- und B-Karten 1 Liter Milch auf die B1- und B2-Karten 1/2 Liter Milch. Die übrige Lieferung bleibt unverändert.

Wiltens. Ab Freitag auf Wählkarte 35 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 120 Gr. Kornsalz.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ewald Kammmerer, Kottbuscher. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin T. 2, Breite Straße 8/9.

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE

urteilen Sie selbst